

Die Deutsche Volksunion (DVU)

Die am 5. März 1987 vom Münchner Verleger, Multimillionär und Rechtsextremisten Gerhard Frey unter der Bezeichnung "Deutsche Volksunion - Liste D" (DVU-Liste D) als Partei gegründete Organisation ist trotz Mitgliederverlusten bundesweit formal die mitgliederstärkste Partei (Stand 2003: 11.500; 1992/93: 26.000) im rechtsextremen Spektrum. Die Partei trat an die Stelle eines bereits seit 1971 bestehenden gleichnamigen Vereins, der von Frey als Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder konzipiert worden war und dessen Aktivitäten sich gegen die Ostpolitik des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt richteten. Neben Walter Brandner, ehemals SS-Obersturmbannführer, und dem einstigen NS-Schriftsteller Wilhelm Pleyer, Träger des Volksdeutschen Schrifttumspreises 1941, gehörten auch Funktionäre aus Unions-Reihen zu den Mitbegründern des Frey-Vereins.

Im Februar 1991 entfiel durch Satzungsänderung der Namenszusatz "Liste D". Die Partei tritt seither unter der Bezeichnung "Deutsche Volksunion" (DVU) in Erscheinung. Teil- bzw. Nebenorganisation der DVU sind die unbedeutenden Aktionsgemeinschaften "Initiative für Ausländerbegrenzung" (I.f.A., "verteidigt den deutschen Charakter Deutschlands"), der "Ehrenbund Rudel" (ER, "Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Soldaten") sowie die "Aktion Oder-Neiße" (Akon, "setzt sich für ein deutsches Deutschland in gerechten Grenzen ein").

Sitz der Partei, die in allen 16 Bundesländern über Landesverbände verfügt, ist München. Daneben verfügt die DVU bundesweit über einige dutzend Kreisverbände, die jedoch weitgehend inaktiv sind. "Grundsätzlich ist Frey", so der Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2003, "an Kommunalpolitik kaum interessiert, weil sich etwaige kommunale Mandatsträger schwer von der Parteizentrale in München kontrollieren lassen." (Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2003, S.127)

Die DVU wird von ihrem Bundesvorsitzenden Gerhard Frey autokratisch geführt und weitestgehend finanziert. Frey ist Inhaber der "DSZ - Druckschriften- und Zeitschriftenverlag GmbH" (DSZ-Verlag) und Herausgeber der wöchentlich erscheinenden "National-Zeitung" (NZ), die mit einer Auflage von ca. 41.000 Exemplaren zu den auflagestärksten rechtsextremen Publikationen in der Bundesrepublik zählt. In ihren besten Tagen 1967 lag die wöchentliche Auflage bei bis zu 145.000 Exemplaren.

Charakteristisch für die DVU ist ihre unterentwickelte Organisationsstruktur und die

weitgehende Inaktivität ihrer Mitglieder. Besondere Schwerpunkte der DVU, die in den Landesparlamenten in Brandenburg und Bremen vertreten ist, bilden Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Antiamerikanismus sowie ein umfassender Revisionismus. Weitere Ideologieelemente der DVU sind: Ablehnung der demokratischen Grundrechte für bestimmte Gruppen von Menschen und der Menschenrechte, Antiliberalismus, der Ruf nach einer autoritären Staatsordnung, Diffamierung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten, Freund-Feind-Denken, Ideologie der Ungleichheit, kollektivistische Volksgemeinschaft versus Individualrechte, Volksgemeinschaftsideologie, die Vorrang vor den Freiheitsrechten des Einzelnen hat, Missachtung der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde, Nationalismus versus Internationalismus / Nation als Abstammungsgemeinschaft und oberstes Prinzip, Rassismus und die Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus.

(i) Frey, seine Partei und sein Medienunternehmen

Das Frey-Verlagsimperium

Frey wurde 1933 in der oberpfälzischen Kleinstadt Cham geboren. Er entstammt einer vermögenden Kaufmannsfamilie. Im Haus herrschte eine nationale und soldatische Gesinnung. Geprägt vom Geist der rechtsterroristischen Freikorps, der durch die Familie wehte, entwickelte Frey früh eine Vorliebe fürs Militärische. Sein politisches Engagement startete der spätere promovierte Rechts- und Staatswissenschaftler als freier journalistischer Mitarbeiter der "Deutschen Soldaten-Zeitung". Das Blatt war 1951 vom ehemaligen NS-Kreisleiter Helmut Damerau und dem Obersten a.D. Heinrich Detloff von Kalben – zu denen später Paul Steiner, ehemals General der Waffen-SS dazu stieß – ins Leben gerufen worden. 1960 avancierte Frey zum alleinigen Herausgeber der Soldatenzeitung (1963 in "Deutsche National-Zeitung" umbenannt) und des zugehörigen Verlags, der 1968 in "DSZ Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH" (DSZ-Verlag) umbenannt wurde. Im Laufe der Jahre formierte Frey um die NZ als Kopfblatt des DSZ-Verlags einen weitgefächerten, homogen und gewinnbringend operierenden Medienkonzern. 1971 gründete er ein zweites Verlagsunternehmen, den "FZ Freiheitlichen Zeitungsverlag GmbH" mit dem Versandhandel "Deutscher Buchdienst" und dem Reiseveranstalter "Deutsche Reisen". Verlagszweck war der Versand einschlägiger Devotionalien (Bücher, Fahnen, Karten, Wimpel, Schallplatten etc.) als auch die Organisation von Leserreisen. 1986 änderte er den Namen des Unternehmens in "FZ Freiheitlicher Buch- und Zeitschriften-Verlag GmbH" (FZ-Verlag). 1991 fügte Frey seiner Firmengruppe die "DSZ-Druck GmbH" hinzu. Über Jahrzehnte hinweg hatte Frey mit seinem Medien-Imperium eine fast monopolartige Stellung.

Seine Verlage führt Frey als Familienunternehmen. Gerhard Frey jun., von Beruf Rechtsanwalt, vertritt die Partei auch vor Gericht. Im familieneigenen FZ-Verlag hat er ein chauvinistisches Buch über "Polens verschwiegene Schuld" publiziert. Gerhard Freys

Frau Regine und Tochter Michaela Frey sind neben Frey sen. Alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer in dem Verlagsimperium.

Frey ist Multimillionär. Das Vermögen seiner Familie wird auf 250 Millionen Euro geschätzt. Er besitzt über 30 mehrgeschossige Mietshäuser in München und Berlin. Seine jährlichen Mieteinnahmen schätzte das Magazin "Stern" 1998 auf "über fünf Millionen Mark". ("Stern", 33/1998, S.108)

Frey als Partei-Besitzer

Der öffentlichkeitsscheue Medienunternehmer (Journalist, Verleger, Politiker, Geschäftsmann) ist nicht nur der erste, sondern bislang einzige Vorsitzende der DVU. Die Partei ist seine Schöpfung und hängt an seinem Tropf. Er ist Partei-Besitzer. Die zentralistisch und autoritär vom Münchner Stadtteil Pasing geführte DVU ist keine Partei im herkömmlichen Sinne. Sie ist vielmehr ein Instrument, mit dem Frey seine Geschäftsinteressen verfolgt.

Virtuelle Partei

Frey bestimmt die Personal- und Sachpolitik der DVU. Das dadurch bedingte Abhängigkeitsverhältnis ermöglicht ihm einen autokratischen Führungsstil, der keinen innerparteilichen Pluralismus oder gar Widerspruch duldet. Das hat zur Konsequenz, dass sich weder auf Bundes- noch auf Landesebene eine eigenständige Parteiarbeit entwickeln kann und dass neben Frey kein überregional bekanntes, profilisiertes DVU-Führungspersonal existiert. In den Landesvorständen der DVU sind fast ausnahmsweise politische Nobodys, die bislang weder als Publizisten noch als Referenten - geschweige denn als politische Vordenker - in der rechtsextremen Szene in Erscheinung getreten sind.

Im öffentlichen Raum ist die virtuelle Partei kaum präsent. Ihre Teilhabe am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß beschränkt sich weitgehend auf das Führen materialaufwändiger und weithin gesichtsloser Wahlkämpfe. Die Kandidaten sollen Öffentlichkeit, Wähler und Medienvertreter meiden, so gut es geht. Stattdessen werden die BürgerInnen mit Wurfsendungen und Plakaten bombardiert. Die Postwurfsendungen dienen auch dazu, Käufer für die Produkte Freys zu finden. Parteitage finden im Verborgenen statt. Pressekonferenzen gibt es kaum. Die Masse der Mitglieder sind Beitragszahler, Zeitungsabonnenten von Frey und Kunden der von seiner Frau geführten "FZ-Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH". Weitere "Aktivität" der Mitglieder ist der gelegentliche Besuch so genannter "politischer Stammtische", die überwiegend dem Biergenuss gewidmet sind. Traditionell führt die brandenburgische DVU anlässlich des Totensonntags im November eine eigene Gedenkveranstaltung auf dem Friedhofsgelände von Halbe durch.

Es mangelt an innerparteilicher Demokratie. Ein innerparteiliches Leben findet kaum

oder gar nicht statt. Von der Basis gehen keine Impulse mit dem Ziel einer Modernisierung der in tradierten rechtsextremen Argumentationsmustern verharrenden Partei aus.

Kredite, Spenden, Steuergelder

Die DVU ist von Spenden und Krediten ihres Vorsitzenden abhängig. Während viele DVU-Wähler in der ideologischen Tradition der NSDAP von der "Brechung der Zinsknechtschaft" träumen, müssen die DVU-Mitglieder jährlich hunderttausende Euro Zinsen in die Privatschatulle ihres Chefs zahlen. Zur Finanzierung der Schulden werden auch Mitgliedsbeiträge, Spenden und die Rückerstattung der Wahlkampfkosten herangezogen. Daneben profitiert Frey von steuerlichen Vorteilen. Zudem verlangt er von Abgeordneten der DVU, dass sie Teile der Fraktionsgelder und Abgeordnetendiäten an die Parteizentrale abführen.

Als ihr Kreditgeber und Bundesvorsitzender übt Frey auf die Partei gleichermaßen unanfechtbare wirtschaftliche Macht und politischen Einfluss aus. Ohne Freys finanzielles Engagement wäre die DVU nicht handlungsfähig. Im aktuellen Rechenschaftsbericht der DVU für das Jahr 2001 hat Frey mit Abstand am meisten gespendet - 500.252,01 Mark. Im Jahr 2000 spendete er 1.007.752 Mark, im Jahr zuvor 1.065.524,79 Mark. 1997 brüstete er sich damit, er finanziere seine Partei auch: "Ich bin tatsächlich der einzige Parteivorsitzende seit Gründung der Bundesrepublik, der seine Partei finanziert" (zit. n. "Süddeutsche Zeitung" v. 11./12.12.2004, S.28), sagte er auf einer Pressekonferenz. Damals schuldete ihm seine Partei rund acht Millionen Mark.

Hat die DVU Zugriff auf Steuergelder, betreibt sie eine Vermischung von Politik und Geschäftemacherei ganz ungeniert. In Bremen hatte die DVU in den 90er Jahren für die Fraktionsarbeit 900.000 Mark aus Steuergeldern erhalten, 400.000 Mark hat sie "missbräuchlich verwendet" wie der Rechnungshof kritisierte - vor allem für die Finanzierung des Frey-Zeitungsverlages. Die Kieler DVU-Fraktion orderte aus Fraktionsmitteln für 100.000 Mark Blätter aus dem Frey-Verlag.

Auch bei Spenden an die DVU und der Bekanntmachung von DVU-Spendengeldern in Rechenschaftsberichten geht es nicht immer sauber zu. In regelmäßigen Abständen verschickt die DVU an ihren Adressatenstamm ein DIN-A5-"Werbeblatt" mit dem Titel: "Was soll einmal werden?": "In den nächsten fünf Jahren werden 1,8 Millionen Deutsche zu Erben. Eine Million Häuser wechseln die Besitzer. Aber längst nicht alle haben jemanden, dem sie ihr sauer verdientes Erbe hinterlassen können. Viele haben in der deutschen Wehrmacht gedient, der tapfersten Truppe der Welt. Durch Anti-Wehrmachtsausstellungen, die von staatlichen Stellen gefördert werden, wird ihre Ehre in den Dreck getreten. Wer keine Nachkommen hat, läuft Gefahr, dass der Staat einmal Erbe wird. Aber auch unter Verwandten herrscht oft Zank und Streit. Großmütter und Großväter werden wegen ihrer Tapferkeit im letzten Krieg beschimpft, sie werden

verleumdet wegen ihrer politischen Gesinnung.

Deshalb sollte man rechtzeitig Vorsorge treffen. Jedermann kann ein Testament beim Amtsgericht hinterlegen und darin genau festlegen, wer welches Vermögen einmal erben soll. Man kann auch Vermögenswerte aufteilen. Die DEUTSCHE VOLKSUNION hat sich immer für die Ehre der Soldatengeneration eingesetzt. Unsere Väter waren keine Verbrecher! Ihnen ist das großartige Aufbauwerk nach dem Krieg zu verdanken. Wer die DVU als Erbe oder Teilerbe einsetzen möchte, kann sich vertraulich an die DVU-Rechtsabteilung, Paosostr.2, 81243 München wenden. Und noch ein Hinweis: Die DVU ist von der Erbschaftssteuer befreit."

Ihr Erbe in einem Gesamtwert von 480.200 Mark hatten Ernst König (Jg. 1904), pensionierter Postbeamter aus Neunkirchen bei Bonn und seine Frau am 10.Oktober 1994 beim Notar Wolfgang Bache in Wuppertal an die DVU abgetreten. Frau König litt da bereits an Alzheimer. Im Juni 1995 ging das Haus der Königs an die DVU. 1996 starb Herr König. Die Tochter Vera Schäfer hatte Zweifel an der Gültigkeit der Verträge, die DVU bekam kalte Füße und zahlte einen Abfindungsbetrag von 135.000 Mark. (Wedemeyer, Georg: Wie die Rechten abkassierten. Die DVU, Sammelbecken für Ewiggestrige und Neonazis, dient laut Kennern vor allem den Millionengeschäften ihres Vorsitzenden Gerhard Frey. In: "Stern", 33/1998, S.106 - S.108)

DVU - überhaupt eine Partei?

1997 hielt das Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen in seinem Jahresbericht fest, dass sowohl der niedersächsische als auch der hessische Innenminister der DVU "die Eigenschaften einer Partei abgesprochen" haben, "weil ihre innere Ordnung nicht demokratischen Grundsätzen entspricht, sie nach dem Führerprinzip strukturiert ist und aus dem Privatvermögen eines rechtsextremistischen Multimillionärs existiert." (Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen 1997, S.6)

Im folgenden Jahr stellte auch Klaus-Henning Rosen, Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern und ehemals Sekretär von Willy Brandt, im SPD-nahen Informationsdienstes "blick nach rechts" die Frage, ob die DVU überhaupt "eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes" sei. Rosen konstatiert: "Die Partei wird diktatorisch von ihrem Vorsitzenden geführt (wie ein Wirtschaftsunternehmen ...). Frey als Vorsitzender finanziert die DVU und kassiert dafür mehr als eine halbe Million Zinsen pro Jahr, das entspricht nicht dem Leitbild einer demokratischen Partei ... Mit Spenden wird ... nicht korrekt umgegangen ... Funktionäre werden vom Vorsitzenden eingesetzt, die Partei hat Akklamationsrecht, innerparteiliche Demokratie scheint unerwünscht ... Kandidaten werden per Order des Vorsitzenden ausgesucht". ("blick nach rechts", 13/1998, S.5)

Frey's Funktionärskorps

Der Frey ergebene und effizient arbeitende Funktionärsstamm besteht nur aus einem halben Dutzend Mitarbeitern, darunter ehemaligen NPD-Kadern. Zu ihnen zählen:

- Bernd Dröse, DVU-Pressesprecher. Dröse gehörte in den 70er Jahren zur sogenannten "Harting-Bande", die von einem NPD-Aktionszentrum im nordrhein-westfälischen Kamen aus operierte. 1975 war er Chef der kurzlebigen Nationaldemokratischen Schülergemeinschaft. Über den Bundesvorstand der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der NPD-Jugendorganisation, führte ihn sein Weg 1979 in den NPD-Parteivorstand. Seit 1989 ist er für die DVU aktiv. Dröse schreibt auch unter dem Pseudonym Bernhard Barkholdt Artikel in der "National-Zeitung".
- Sven Eggers, stellvertretender Landesvorsitzender in Hamburg. In seinen Publikationen weist er darauf hin, dass er "Enkel des Dichters und Schriftstellers Kurt Eggers" ist. Der in rechtsextremen Kreisen bis heute hoch verehrte SS-Obersturmführer Kurt Eggers war Kommandant der 5. SS-Panzer-Division "Wiking" und Verfasser völkisch-rassistischer Gedichte. Kurt Eggers starb 1943 den "Heldentod".
- Siegfried Tittmann, stellvertretender Bundesvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender in Bremen. Tittmann ist seit 1999 Mitglied der Bremer Bürgerschaft. Eine vom Bündnis 90/Die Grünen beauftragte Untersuchung von 92 Debattebeiträgen von Tittmann in der ersten Hälfte seiner letzten Legislaturperiode kam zum Ergebnis, dass Tittmann vehement gegen die "herrschende Politikklasse" wettere, eine "deutlich ausländerfeindliche, rassistische, antise-mitische, extrem nationalistische und völkische Haltung zur Schau" trage. "Tittmann missbraucht das Parlament als Vehikel für reine Parteipropaganda und Populismus", so das Fazit der Studie. Tittmanns bevorzugte Themen lassen sich unter anderem unter den Überschriften Deutsches Volk und Nationalstolz zusammenfassen. Sind die Interessen der Bürger Thema, meint Tittmann stets den "deutschen Bürger". Es geht ihm ausschließlich um "deutsche Altersgenossen, deutsche Bauern, deutsche Presseorgane, deutsche Steuerzahler, deutsche Straßen, deutsche Selbständige, deutsche Erwachsene ...". Dabei macht er auch vor unsinnigen Wortkombinationen keinen Halt: "Deutsches Deutschland, deutsche Bundeswehr". (Bündnis 90/Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft (Hrsg.): "... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion." Der DVU-Abgeordnete Tittmann in der Bremischen Bürgerschaft. Februar 2002)
- Hans Weidenbach, Beisitzer im DVU-Bundesvorstand und stellvertretender Landesvorsitzender in Bremen. Weidenbach war Mitglied der Nationalrevolutionären Basisgruppe Bremen, später NPD-Landesvorsitzender in Bremen und Redaktionsmitglied der "Deutschen Stimme". 1987 wurde er Gründungsmitglied der DVU-Liste D. 1990 kandidierte Weidenbach für die NPD zum Bundestag, 1991 wurde er für die DVU in die Bremische Bürgerschaft gewählt. Danach trat Weidenbach zunächst der DVU bei und legte schließlich im Oktober 1992 den NPD-Landesvorsitz nieder.
- Bruno Wetzel, stellv. Bundesvorsitzender und bayrischer Landesvorsitzender. Wetzel ist verantwortlich für den redaktionellen Teil der "National-Zeitung".

Frey und Hardcore-, Neo- u. Altnazis. Mosaiksteine

1977 übernahm Frey für den Chef der rechtsterroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG Hoffmann), Karl-Heinz Hoffmann, "in einem Akt nationaler Solidarität" (DNZ 35/77, S.10) eine Geldstrafe von 8.000 DM. Die WSG Hoffmann wurde 1980 vom Bundesminister des Innern verboten. Zuvor hatte der Neonazi Gundolf Köhler, der an paramilitärischen Übungen der WSG Hoffmann teilgenommen hatte, im gleichen Jahr das Sprengstoffattentat auf dem Münchner Oktoberfest, bei dem 13 Personen starben und 211 Personen zum Teil schwer verletzt wurden, verübt.

1986 veröffentlichte die antisemitische Hetzpostille "Bauernschaft" des notorischen Holocaustleugners Thies Christophersen, vormals SS-Sonderführer in Auschwitz und Autor der in der Bundesrepublik verbotenen "Auschwitz-Lüge", einen Brief von Frey an Christophersen. Im Brief fragt Frey an, ob er den ständig im Visier der Justizbehörden stehenden Christophersen "nicht durch Anwälte helfen kann", sein "Verhältnis zur Justiz in Ordnung zu bringen." Frey weiter: "Wenn ich bedenke, dass in der Bundesrepublik von roten Banden laufend alle möglichen Leute ermordet werden, ist es mir schwer begreiflich, dass irgendwelche Meinungsäußerungen von Ihnen offenkundig häufig zum Anlass von Strafverfahren genommen werden, obgleich Sie, wovon ich überzeugt bin, weder ein Feind oder auch nur ein Gegner von Staat, Gesellschaft oder System sind." Freys Rat: "Vielleicht empfiehlt sich eine doppelte Vorsorge: Wenn Sie alle Äußerungen von Belang vor Absendung oder Druck von einem versierten politischen Strafverteidiger prüfen und erforderlichenfalls rechtzeitig korrigieren lassen wollten, wäre dem Ganzen präventiv die Spitze abgebrochen. Soweit aber Verfahren schweben, könnte gleichfalls versucht werden, eine Bereinigung durchzusetzen." Kommentar von Christophersen: "Sicherlich bin ich ein Regimekritiker. Zum Staatsfeind wurde ich durch unsere Justiz erklärt. ... Die Kosten des Rechtskampfes und die nun fälligen Geldstrafen sind von mir alleine nicht mehr aufzubringen. Warum soll ich die Hilfe von Herrn Dr. Frey nicht annehmen." ("Die Bauernschaft", 4/1986, S.62)

Parteiprogramm

Das Parteiprogramm ist vage formuliert und vermeidet weitgehend extremistische Formulierungen. Es entspricht nach Umfang und Inhalt nicht den Programmen anderer Parteien. Entworfen wurde das Programm Angaben von Frey zufolge maßgeblich von Theodor Maunz und Alfred Seidl. (Interview mit Gerhard Frey. In: "Aula", 6/1998, S.17)

Seidl war ehemals bayrischer CSU-Fraktionschef und ehemaliger bayerischen Innenminister. Er hatte sich als Verteidiger und Betreuer von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß einen Namen gemacht. Seidl galt über Jahrzehnte hinweg nicht nur als juristischer, sondern auch als politischer Berater der DVU. Der renommierte Jurist Maunz war Mitverfasser des Grundgesetzkommentars und zeitweilig bayrischer Kultusminister.

Seine Freundschaft mit Frey enthüllte dieser erst nach dessen Tod. Gegen Frey wurden immer wieder Strafverfahren geführt, die dank der unentgeltlich arbeitenden Top-Juristen im Sande verliefen. Freundschaftliche Kontakte unterhielt Frey auch zu Reinhard Gehlen. Gehlen war bis 1968 Chef des Bundesnachrichtendienstes, vorher wirkte er im NS-Regime als Chef des Geheimdienstes "Fremde Heere Ost" im Generalstab des Heeres.

Die ideologischen und politischen Grundpositionen der DVU werden weniger in ihrem Parteiprogramm, als vielmehr in ihrer Zeitung deutlich. Im Parteiprogramm bekennt sich die DVU zwar formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Tatsächlich verbreitet sie jedoch in der "National-Zeitung" rechtsextremistisches Gedankengut.

(ii) Wahlerfolge

Trotz ihrer erheblichen strukturellen Defizite ist die DVU bundesweit gegenwärtig die erfolgreichste rechtsextreme Wahlpartei. Mehrfach hat sie seit 1987 den Einzug in Landesparlamente geschafft. Am spektakulärsten war ihr Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt, als sie bei den Landtagswahlen 1998 12,9 Prozent der Stimmen erzielte.

Charakteristisch für die Wahlkampfstrategie der DVU sind die materialaufwändigen, zielgruppenorientierten Wahlkampagnen. Die Teilnahme an Wahlen selbst wird einer strengen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen. Ist das Unternehmen "Einzug ins Parlament" erfolgreich gewesen und so die höchstmögliche "Gewinnmaximierung" erreicht, zeigt die Parteiführung nur noch geringes Interesse an politischer Basisarbeit im entsprechenden Bundesland.

DVU-Gastspiele in Landtagen waren bislang - abgesehen von Brandenburg und Bremen - auf eine Wahlperiode beschränkt. Die Fraktionen erwiesen sich als vollkommen politikunfähig. Es gab schnell Streit, Schlagzeilen über Inkompetenz und Selbstbereicherung. In Schleswig-Holstein fiel die Fraktion nach einem Jahr auseinander. In Sachsen-Anhalt verteilten sich die ursprünglich 16 Abgeordneten zuletzt auf drei Fraktionen, von denen jede das DVU-Erbe reklamierte.

Die DVU ist derzeit in zwei Landesparlamenten vertreten.

- Bremen (1987 - 1995; seit 1999)

In Bremen ist die DVU seit 1987 bereits zum wiederholten Male - mit Ausnahme der Legislaturperiode von 1995 bis 1999 - im Parlament vertreten. Zwar hat die DVU 2003 im Bundesland Bremen insgesamt nur 2,3 Prozent erreicht, in Bremerhaven jedoch 7,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können (Wahlbereich Bremen: knapp 1,4 Prozent). Da es nach dem Bremer Wahlrecht ausreicht, in einem der Wahlbe-

reiche die 5-Prozent-Hürde zu überwinden, konnte die DVU bei den Bürgerschaftswahlen am 25. Mai 2003 erneut einen Sitz im Bremer Landesparlament erringen. Der Bremer DVU-Abgeordnete Siegfried Tittmann "zeichnet sich dadurch aus, dass er wenig nach Lösungen sucht, sondern ständig die gleichen Hassparolen runterbetet", sagt der CDU-Fraktionschef Jörg Kastendiek. SPD-Fraktionschef Jens Böhrnsen bescheinigt Tittmann eine "völlige Abstinenz von Sacharbeit". (zit. n. dpa/Frankfurter Rundschau v. 20. September 2004)

Bei den Kommunalwahlen in Bremerhaven am 28. September 2003 erzielte die DVU 8,1 Prozent. Damit konnte sie die Zahl ihrer Sitze von drei auf vier steigern. "In bestimmten Stadtvierteln ist die DVU inzwischen eine akzeptierte Partei", sagte der Parteienforscher Lothar Probst von der Universität Bremen nach der Wahl zur Bürgerschaftswahl 2003. In Bremerhaven liegt die Arbeitslosenquote knapp unter der 20-Prozent-Marke. Mehrere Stadtteile haben handfeste soziale Probleme. In mehreren Wahlbezirken ist die DVU drittstärkste politische Kraft. Angesprochen von der DVU fühlten sich junge, männliche Wähler mit geringen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

1999 verhängte das Amtsgericht Bremen Strafbefehle gegen zwei ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete der Wahlperiode 1991 - 1995 wegen betrügerischen Umgangs mit Steuergeldern. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft bekam die damalige DVU-Fraktionschefin Marion Blohm 1.800 Mark Geldstrafe auf Bewährung wegen Betruges. Sie habe das Parlament darüber getäuscht, dass die DVU ihre staatlichen Fraktionszuschüsse teils zweckwidrig verwendet habe. So bestellten die DVU-Parlamentarier tausende von Frey-Zeitungen und schalteten darin Großanzeigen. Nach Feststellungen des Landesrechnungshofs hatte die DVU Fraktionsgelder für Parteizwecke missbraucht. Gegen Peter Nennstiel von der damaligen DVU-Abspaltung "Nationalkonservative Gruppe" (NK) erging ein Strafbefehl über sechs Monate Haft auf Bewährung. Nennstiel habe von den NK-Gruppenzuschüssen u. a. eine Waschmaschine und Kleidung für seine Ehefrau gekauft. 1996 urteilte der Bremer Staatsgerichtshof, beide Gruppierungen hätten insgesamt 485.000 Mark missbraucht. ("Frankfurter Rundschau" v. 17. Juni 1999)

- Brandenburg (seit 1999)

In Brandenburg ist die DVU seit 1999 im Landesparlament vertreten. 5,28 Prozent (58.225 Wählerstimmen) sicherten den Einzug von fünf Abgeordneten. Über die Aufstellung der DVU-Kandidatenliste zum Landtag berichtete das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (23/1999, S.50f): "An einem Sonntag Ende März trommelte Frey in der Gaststätte ›Schützenhof‹ in Berlin-Spandau seine Gefolgsleute aus den neuen Ländern zusammen. Mit 16 Bussen fahren die rund 400 Frey-Gänger, darunter 50 Brandenburger, vor. Einer schaffte es nicht einmal zum ersten Bier. Als der Glatzkopf den ›Hitler-Gruß‹ entbot, schlug eine Berliner Spezialeinheit der Polizei vor dem Lokal zu. Drinnen traf der für seine cholerischen Auftritte gefürchtete Millionär Frey selbst die Auslese der Landtagskandidaten. In einem Nebenglass, so berichtet ein DVU-Mitglied, empfing er die

Aspiranten zum Privatissimum. Vor allem eines wollte er von seinen ostdeutschen Kadern wissen: ob sie Kontakt zur Stasi hatten. Der DVU-Boss hat offenbar aus der blamablen Demontage seiner Truppe im Magdeburger Landtag - darunter ein Tierquäler und ein vermuteter Stasi-Mann - gelernt. Diesmal setzt er mehr auf unauffällige Kleinbürger. Nach der Examinierung verlas ein Frey-Gehilfe dem versammelten Publikum die 18 Namen, die beim Chef Gnade gefunden hatten. Die Gefolgsleute applaudierten und segneten die Liste ab. >Eine geheime Wahl war das nicht<, sagt ein DVU-Mann."

Die zentrale Wahlkampf aussage der DVU lautete: "Diesmal Protest wählen! - Die Partei für die Deutschen in Brandenburg". An Laternenmasten und Stelltafeln wurden zehntausende Plakate mit Parolen wie "Ausländerrückführung statt Integration!", "Arbeit zuerst für Deutsche!" oder "Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze!" verklebt. Außerdem verschickte die DVU über eine Million Postwurfsendungen, gespickt mit Anschreiben, Flugblättern, Handzetteln und Aufklebern. Der Wahlkampf hat 2,5 Millionen Mark gekostet. Um Ähnlichkeiten mit amtlichen Schreiben der Wahlbehörden vorzutäuschen, versah die DVU ihre Postwurfsendungen mit Zusätzen wie "Persönliche Zustellung. An die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg: Wichtige Unterlagen zur Wahl zum Landtag". Vier Wochen vor der Wahl wurde das "DVU-Wahlprogramm Brandenburg 1999" veröffentlicht. Es war beherrscht von nationalistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit: Die Ausländer- und Asylproblematik wurde als Ursache und Katalysator für alle politischen Probleme des Landes dargestellt. Damit sollten Politikverdrossenheit und Sozialneid in der Wählerschaft geschürt werden. Ein tatsächlicher Bezug zur Landespolitik war im Wahlprogramm nur in Spurenelementen erkennbar.

Auffällig war, dass die DVU in den östlichen Regionen, also nahe oder in den Grenzregionen zu Polen, durchschnittlich besser abgeschnitten hat, als in anderen Landstrichen Brandenburgs. In 22 von insgesamt 44 Wahlkreisen lag der Stimmenanteil der DVU über dem Gesamtergebnis. Über sieben Prozent holte die Frey-Partei in vier Wahlkreisen: Märkisch-Oderland 7,4 Prozent, Oberspreewald-Lausitz I 7,2 Prozent, Spree-Neiße III 7,1 Prozent, Elbe-Elster II 7,1 Prozent.

Während ihrer ersten Wahlperiode brachte die DVU 259 Anträge, Gesetzesentwürfe und Änderungsanträge ein. "Es ist der Versuch, die Ministerien lahm zu legen", stellte Landtagspräsident Herbert Knoblich fest. (zit. n. dpa/Frankfurter Rundschau v. 20. September 2004) Viele dieser Anträge befassen sich mit so unverdächtigen Themen wie der Reform der Justizausbildung oder dem kostenlosen Schülertransport. Immer wieder aber entlarvten sie die wahre Gesinnung der Rechtsextremisten. So beantragte die Fraktion die Einführung des finalen Todesschusses im Polizeirecht oder sie plädierte für die Todesstrafe für Kinderschänder. Gefragt wurde nach der Anzahl der Drogendealer im Land und wie viele davon sind Ausländer. Wie viele ausländische Straftäter sitzen in Brandenburger Gefängnissen? Wie viele Kosovo-Flüchtlinge leben im Land? Was kosten die Asylbewerber? Gefordert wurde ein "Sprachschutzgesetz". Gefordert wurde auch die

Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz - allerdings gibt es das Amt nicht, weil der Verfassungsschutz in dem Bundesland eine Abteilung des Innenministeriums ist.

Zudem weigerten sich die DVU-Abgeordneten am 27. Januar 2000, dem Holocaust-Gedenktag, an einer Gedenkveranstaltung des Landtages im ehemaligen KZ Sachsenhausen teilzunehmen. Der brandenburgische Landtag gedachte dort der von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma. In einer Presserklärung vom 4. Mai 2004 äußerte sich die DVU-Fraktion zur EU-Osterweiterung: "Fast das gesamte angestammte Siedlungsgebiet des deutschen Volkes" sei nun in der Europäischen Union vereinigt. Dazu die DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth: "Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt ..., und für Nord-Ostpreußen findet sich auch noch eine Lösung." (zit. n. "Die Welt" v. 16. September 2004) Noch peinlicher geriet der Auftritt von Hesselbarth in einem Interview des privaten TV-Senders RTL kurz nach der Landtagswahl. Im Interview wusste sie keine Antwort auf die Frage, wie viele Bundesländer die Bundesrepublik hat. Stattdessen ging sie wortlos aus dem Bild.

Im Gegensatz zu den bisherigen DVU-Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein blieb die DVU-Fraktion in Brandenburg zusammen. Medien-trächtigen Wirbel verursachte jedoch Matthias Canis, zeitweilig Fraktionsgeschäftsführer, der ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten war. Das Verfahren gegen ihn wurde von der Hannoveraner Staatsanwaltschaft nach Zahlung einer Geldauflage eingestellt. Canis soll den Zentralrechner des Landtages für den Handel mit Kinderpornos verwendet haben.

Bei der Kommunalwahl in Brandenburg am 26. Oktober 2003 trat die DVU in sieben der 18 Wahlkreise mit eigenen Kandidaten an. Die DVU gewann insgesamt acht Sitze in sechs Kreistagen und einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung der kreisfreien Stadt Potsdam. Ihre besten Ergebnisse erreichte sie im Süden Brandenburgs.

Bei der Landtagswahl (Wahlbeteiligung: 56 Prozent) am 19. September 2004 erzielte die DVU 6,1 Prozent. Der DVU-Landesvorsitzende Sigmar-Peter Schuldt und die DVU-Fraktionsvorsitzende Hesselbarth erklärten ihren Wahlerfolg in ARD-"Interviews" am Wahlabend mit dem Kommentar "Schnauze voll". Ihr Spitzenergebnis erreichte die DVU in Hirschfelde im Elbe/Elster-Kreis mit 25,8 Prozent. Von der DVU hatte sich während des Wahlkampfes keiner der Kandidaten in Hirschfelde sehen lassen. Im Dorf Grünewald wurde die DVU mit 23,5 Prozent zweitstärkste Partei. In Lauchhammer holte die DVU 12,7 Prozent. Zwei DVU-Mitglieder aus der Stadt sitzen dort seit 2003 im Kreistag. Aufgefallen sind sie nicht. "Sie haben keine einzige Vorlage eingebracht", sagt Kreistagschef Wolf-Peter Hannig (PDS). (zit. n. "Berliner Zeitung" v. 21. September 2004)

Der Wahlkampf von DVU und NPD in Brandenburg und Sachsen hatte hauptsächlich auf die im Osten besonders ausgeprägte Proteststimmung gegen die Sozialreformen/Hartz

IV abgezielt. Während jeweils 59 Prozent aller Sachsen und Brandenburger die Reformen der Bundesregierung für falsch halten, sind dies unter NPD-Anhängern 84 Prozent sowie unter DVU-Anhängern 83 Prozent. Interessant am Rande: Zur Wahl der DVU hatte der Landesvorstand der Berliner Republikaner unter dem Vorsitzenden Reinhard Haese aufgerufen.

Auch in Brandenburg ist die DVU eine virtuelle Partei. Der Wahlkampf des 230 Mitglieder zählenden DVU-Landesverbandes Brandenburg war weitgehend ohne personelle Präsenz auf Straßen und Plätzen. "Wir haben keine Zeit für Wahlstände und auch keine Lust, uns von Chaoten bedrohen zu lassen", sagte der DVU-Kreistagsabgeordnete Arnold Graf aus Lauchhammer einer Lokalzeitung. (zit. n. "Lausitzer Rundschau" v. 10. September 2004) 97.000 Plakate ("Quittung für die Bonzen", "Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze", "Sauerei - Wehrt Euch", "Schnauze voll") wurden geklebt - etwa so viele, wie die anderen Parteien zusammen. Vor allem bei der Jugend kam dies an; sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen. Dort plakatierte die NPD ähnliche platte Sprüche.

In Sachsen erreichte die NPD bei den 18- bis 29-Jährigen Männern 21 Prozent, bei allen unter 35-Jährigen mit Hauptschulabschluss sogar 26 Prozent aller Stimmen. Aber auch bei den unter 30-Jährigen insgesamt schnitt die NPD im Freistaat mit 18 Prozent und die DVU in Brandenburg mit 14 Prozent besonders gut ab. Bei den Arbeitslosen kam die NPD auf 18 Prozent und die DVU auf 13 Prozent. In der Gruppe der Arbeiter erzielte die NPD 14 Prozent und die DVU 10 Prozent aller Stimmen. Wie schon in der Vergangenheit finden beide Parteien bei Männern deutlich mehr Unterstützung als bei Frauen.

Das soziale Profil der Wähler der Rechtsextremen in Brandenburg und Sachsen ist ähnlich. Sie verfügen über eine geringe formale Bindung, sind oft ungelernete Arbeiter, außerdem sind überdurchschnittlich viele Arbeitslose, sowie Erst- und Jungwähler darunter. Auch wenn sich Organisationsstruktur und Auftreten der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg unterscheiden, zeigt die Wählerschaft nach einer Analyse der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen doch auffällige Parallelen. Sowohl bei den DVU- als auch bei den NPD-Anhängern fühlen sich weit überdurchschnittlich viele in ihrem Leben benachteiligt, in Brandenburg sehen 88 Prozent der DVU-Anhänger und in Sachsen 96 Prozent der NPD-Anhänger in den in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen eine "Überfremdungsgefahr". Trotz des im Osten relativ niedrigen Ausländeranteils meint in beiden Lagern eine überwältigende Mehrheit, dass es in der Bundesrepublik zu viele Ausländer gebe.

Die rechtsextremen Wahlerfolge in Brandenburg und Sachsen dokumentieren nach Auffassung des Politologen Hans-Gerd Jaschke einen zunehmenden System- und Demokratieverdross in der Bevölkerung. Das seien Erosionstendenzen, die für die Demokratie als Ganzes bedenklich sind, sagte Jaschke dem ARD-Magazin "Fakt" (20. September 2004).

Auf der konstituierenden Fraktionssitzung am 22. September 2004 wurde Hesselbarth, stellvertretende Landesvorsitzende in Brandenburg, Beisitzerin im Bundesvorstand, in ihrem Amt bestätigt. Den DVU-Landesvorsitzenden Sigmar-Peter Schuldt wählte die Fraktion zum parlamentarischen Geschäftsführer. Schuldt wurde 2001 vom Amtsgericht Brandenburg an der Havel wegen Nötigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 3.400 Euro verurteilt. Er hatte einen Falschparker mit einer Gaspistole bedroht.

Schlagzeilen lieferte im November 2004 Thilo Kabus, Sprecher der DVU-Fraktion. Die Koalitionsfraktionen lehnten den von der DVU vorgeschlagenen Kabus als Mitglied des Jugendhilfeausschusses ab. Kabus, bekennender "naturreligiöser Heide", hatte erst 2003 seine fast 20-jährige NPD-Mitgliedschaft beendet. Seitdem favorisiert der Alte Herr der burschenschaftlich orientierten Pennalkorporation "Erste Berliner Schülerverbindung Iuvenis Gothia" ein Modell namens "AnarchoNationalismus". Kabus war vom Herbst 1992 bis Oktober 1998 Vorsitzender der NPD Brandenburg und kandidierte zu den Bundestagswahlen 1998 für die NPD. Von 1989 bis 1990 war er Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten.

- Sachsen-Anhalt (1998 - 2002)

1998 zog die etwa 100 Mitglieder starke DVU mit 12,9 Prozent (192.086 Stimmen) in den Landtag von Sachsen-Anhalt. Erstmals hatte sich die DVU dem Votum ostdeutscher WählerInnen gestellt. Den "Sieg" hatte die DVU einer drei Millionen Mark teuren propagandistischen Materialschlacht zu Lande und in der Luft zu verdanken, in deren Verlauf rund 20 Millionen Flugblätter, Postkarten, Aufkleber und Plakate an 1,2 Millionen Haushalte verschickt wurden. Wie bei früheren Wahlen zielte die Kampagne auf Angst vor Kriminalität und Ausländern. Nach Angaben des damaligen dortigen Verfassungsschutzpräsidenten Wolfgang Heidelberg gab die DVU mit rund drei Millionen Mark doppelt soviel für den Wahlkampf aus wie SPD und CDU zusammen.

Das DVU-Ergebnis war das höchste, das eine rechtsextreme Partei je bei einer Wahl in der Bundesrepublik erreichte. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen 1951 hatte die neonationalsozialistisch ausgerichtete "Sozialistische Reichspartei" 10,9 Prozent erzielt. 1992 erzielten die Republikaner 10,9 Prozent bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg. 1968 hatte die NPD in diesem Bundesland 9,8 Prozent erreicht.

30 Prozent der unter 30-jährigen und 103.000 bisherige Nichtwähler gaben der DVU in Sachsen-Anhalt ihre Stimme. Bei den 18-bis 25-jährigen erzielte die DVU das beste Ergebnis aller Parteien. Von den Erstwählern haben 29 Prozent der DVU ihre Stimme gegeben. Die Hälfte der Gesamtstimmenzahl der DVU, ca. 192.000, entstammt dem Lager ehemaliger NichtwählerInnen.

Im Magdeburger Landtag wiederholte sich, was die DVU schon in anderen Landesparlamenten vorgeführt hatte: Ausschlüsse, Austritte, schließlich die endgültige Spaltung der

Fraktion, die auch eine Spaltung des DVU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt nach sich zog: Am 15. Februar 2000 wurde die Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) unter der Führung der bisherigen DVU-Fraktionsvorsitzenden im Magdeburger Landtag, Claudia Wiechmann, Ex-SED-Mitglied und Politökonomie-Lehrerin, ins Leben gerufen. Wiechmann warf Frey ein ">fehlendes Demokratieverständnis<" vor und klagte: ">Sollen national empfindende Menschen in der DVU nur Spenden entrichten oder verlagseigene Drucksachen erwerben?< (zit. n. "Focus", 7/2000, S.90) Wiechmann hatte sich zuvor geweigert, die von Frey geforderten Sonderbeiträge von ihren Diäten an die Partei abzuführen. Sie hegte den Verdacht, dass Frey die DVU vor allem wegen seines Geldes unterhält, damit Spenden entrichtet und von den Anhängern Freys Drucksachen erworben werden. ("Süddeutsche" Zeitung v. 14. Februar 2000)

Als Grund für die Abspaltung wurde neben dem Finanzgebaren von Frey erneut die mangelnde innerparteiliche Demokratie genannt: "Wir wurden alle aus München ferngesteuert" sagte der abtrünnige DVU-Abgeordnete Wolfgang Buder und bezeichnete Frey als "Marionettenspieler". ("Stuttgarter Zeitung" v. 21.12.1999) Die Landtagsprotokolle offenbaren, dass die DVU zu den meisten Debatten keine Beiträge beigesteuert hat. In den meisten Landtagsausschüssen saßen die DVU-Vertreter in der Regel wortlos dabei. Fraktionschef Dieter Kannegießer traf sich regelmäßig mit Fraktionsfreunden zum Bier in einer Magdeburger Bahnhofskneipe, selbst zu Zeiten, zu denen eigentlich Fraktionssitzungen angesetzt waren. Bei den Debatten schwiegen die Abgeordneten oder lasen kurze Statements vom Blatt ab.

Der als Nachrücker ins Parlament gekommene DVU-Landtagsabgeordnete Torsten Miksch musste sich gleich mit einem Ermittlungsverfahren wegen Tierquälerei auseinandersetzen. Er hatte seinen Staffordshire-Terrier in einem Wutanfall in einen mehrere Meter tiefen Brunnen geworfen. Peinlich wurde es für die DVU als bekannt wurde, dass ihr Landtagsabgeordneter Jörg Büchner unter dem Deckmantel Olaf Holland von 1966 bis 1980 für die Stasi gespitzelt hatte. Die Wochenzeitung "Die Zeit" konstatierte 1999: "Die DVU war eine Phantompartei, die Kandidaten waren Dummys, von Bodyguards geführt und mit Sprechtexten aufgerüstet." ("Die Zeit" v. 23. September 1999)

Wegen des Verdachts der Untreue hat die Staatsanwaltschaft Magdeburg im September 2004 Anklage gegen Kannegießer erhoben. Dem Hallenser wird vorgeworfen, dass unter seiner Verantwortung bis 2002 Gelder der Landtagsfraktion zweckentfremdet eingesetzt wurden. Den Untersuchungen zufolge wurden unter anderem private Bewirtungsbelege abgerechnet, repräsentative Geschenke für den Eigenbedarf erworben und Reisekosten falsch deklariert.

- Hamburg

1997 verpasste die DVU mit 4,977 % der Stimmen nur knapp den Einzug ins Hamburger Landesparlament. Es fehlten nur 190 Stimmen am Überspringen der 5%-Hürde.

Tagelang ließ die DVU während ihres Wahlkampfes ein Flugzeug über der Hansestadt kreisen, im Schlepptau ein Transparent: "Wählt DVU!". 15 Prozent aller Männer unter 25 Jahren stimmten für die DVU, nachdem sie bis zu acht Briefe von der DVU bekommen hatten. In einem DVU Werbeschreiben vom 11. September 1997 heißt es: "Sehr geehrter Herr XXX, in den letzten Wochen haben Sie soviel von Parteien und Politikern gehört, meistens Bla-Bla, dass ich mich ganz kurz fasse: Wenn auch Ihnen vieles in der Politik nicht gefällt, zum Beispiel, dass korrupte Polit-Bonzen aus der Steuerkasse abzocken, dass deutsches Steuergeld an alle Welt ohne Gegenleistung verschleudert wird, dass Ausländer in unserem Land, in unserer Stadt oft schon mehr zu sagen haben als wir Deutsche, dann machen Sie, sehr geehrter Herr XXX, am 21. September, dem Hamburger Wahntag, ihr Protestkreuz bei der DVU!"

Bei der Wahl am 23. September 2001 erzielte die DVU 0,7%.

- Schleswig-Holstein

1992 erreichte die DVU bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Zuge der Asyldebatte 6,3 Prozent (93.295 Stimmen). Bereits im Folgejahr verbüßte sie ihren Fraktionsstatus. Von den ursprünglich sechs Rechtsextremisten im Kieler Landtag gehörte nur noch eine Abgeordnete der DVU an. Über Monate hinweg schaltete zuvor die Kieler Fraktion in Freys "Deutscher Wochen-Zeitung" (fusionierte im September 1999 mit der "National-Zeitung") Anzeigen im Gegenwert von 181.975 Mark und orderte für rund 100.000 Mark Frey-Blätter. In Kiel, so berichtete später der abtrünnige Abgeordnete Helmut Thienemann, hätten die DVU-Parlamentarier 20 Prozent ihrer Diäten, Fraktionsmitarbeiter bis zu 50 Prozent ihres Gehalts "nach München rübergereicht". ("Der Spiegel", 24/1993, S.22)

Die SPD-Landtagsfraktion urteilte in einer Broschüre über die Arbeit der parlamentarischen Rechtsaußen: "Die sechs Abgeordneten waren von der Münchner DVU-Zentrale regelrecht zusammengesucht worden und brachten keine Voraussetzungen zur konstruktiven Arbeit mit. Sie sind nur Symbole einer Gefahr. Aber sie sind Rechts-extreme mit allen Kennzeichen. Entsprechend verlief ihre >Arbeit< seither. Das kaum überraschende Markenzeichen dieser Parlamentarier ist ihr tiefer Antiparlamentarismus: Sie sind dagegen, >wichtige Anliegen des Volkes in irgendwelche Ausschüsse abzuschieben<, fordern stattdessen >rasche Entscheidungen im Plenum< und geben damit nur bekannt, dass ihnen geregelte Parlamentsarbeit zuwider ist. Die wesentlichen Kennzeichen: Verweigerung der Ausschussarbeit/ Verweigerung der fachlichen Beratungen und Anhörungen/ dummdreiste und provozierende Schaufensterrederei im Plenum / ausländerfeindliche und antiparlamentarische Antragsflut an Stelle sorgfältiger Konzepte / maßlose finanzielle Selbstbedienung mit starken Unregelmäßigkeiten sowie schließlich / dauerhafte innere Querelen." (SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Hg.): "Der Feind steht rechts." Rechtsextreme im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Kiel. o. J.)

Bei der Landtagswahl 1996 erzielte die DVU 4,3 Prozent der Stimmen. Bei der Bundestagswahl 1998 erreichte die DVU 1,2 Prozent. 2002 trat sie nicht an.

(iii) DVU-Großveranstaltungen in Passau 1982 - 2001

Im Jahr 2002 verzichtete die DVU erstmals seit 20 Jahren auf ihr Traditionstreffen, die DVU-Großkundgebung in Passau. Alljährlich wurden dorthin mehrere tausende DVU-Mitglieder- u. Sympathisanten aus der ganzen Bundesrepublik und dem Ausland, besonders aus Österreich und Italien, in die Dreiflüssestadt in Bussen herangekarrt. Die Kundgebung in der Passauer Nibelungenhalle gehörte zu den bundesweit wichtigsten Veranstaltungen der DVU. Zuletzt gab es einen deutlichen Rückgang bei den Teilnehmerzahlen. Während früher häufig rund 3.000 DVU-Anhänger nach Passau kamen, waren es im September 2001 nur noch 1.200 Teilnehmer. Redner bei den Passauer Veranstaltungen, die seit August 1982 abgehalten wurden, waren u.a. der weltweit bekannte notorische Holocaustleugner David Irving, der russische Rechtsextremist Wladimir Schirinowskij und die NS-Ikone Hans Ulrich Rudel. Regelmäßig wurden in Passau Rechtsextremisten mit dem "Freiheitspreis der >Deutschen National-Zeitung<" ausgezeichnet; darunter

- der umtriebige rechtsextreme Publizist und Referent Claus Nordbruch. Nordbruch ruft in seinem 2003 in der Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain veröffentlichten Buch "Der Angriff. Eine Staats- und Gesellschaftskritik an der >Berliner Republik<" offen zur Beseitigung der derzeitigen politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland auf. Nordbruch war Gastredner der letzten DVU-Großveranstaltung am 29. September 2001 in Passau. In seiner Rede griff Nordbruch in aggressiver Weise die Verfassungsschutzbehörden an und behauptete, dass deren Tätigkeit sich gegen die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit richte. Im Anschluss an seinen Vortrag wurde Nordbruch mit dem "Freiheitspreis" der NZ ausgezeichnet.
- der mehrfach vorbestrafte Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist seit den 60er Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv. Er ist Anmelder, Leiter und Redner des jährlichen Rudolf-Heß-Gedenkmarsches in Wunsiedel. Seit Jahren führt er die rassistische "Artgemeinschaft - germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V." als Vorsitzender. Darüber hinaus beteiligt er sich aktiv als Referent an bedeutsamen Veranstaltungen der extremen Rechten und verteidigt zahlreiche Rechtsextremisten vor Gericht. Er ist DER Szene-Anwalt.
- Uwe Rohwer, der 1979 vom 3. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Celle im Bückeburger Prozeß wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren verurteilt wurde.
- Oswald Astfäller, der in Italien eine Freiheitsstrafe wegen Sprengstoffanschlages verbüßte.
- die Familie des verstorbenen Südtiroler Bombenlegers Luis Amplatz.

- Waldemar Schütz, SS-Hauptsturmführer der Leibstandarte Adolf Hitler.
- Reinhard Pozorny, NS-Gauhauptstellenleiter in Reichenberg.

(iv) Internationale Kontakte

Jean-Marie Le Pen

Freundschaftliche Kontakte pflegt die DVU zum Front National und ihrem Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen. Le Pen gründete 1972 den Front National als Sammlungsbewegung verschiedener rechtsextremer Organisationen. Mit seinen fremdenfeindlichen Parolen wendet sich der Front National vor allem an die sozial benachteiligten Schichten. 1997 wurde Le Pen wegen Verharmlosung des Holocaust von einem französischen Gericht zur Zahlung von Schmerzensgeld an elf jüdische Organisationen verurteilt. Zuvor hatte er bei einer Veranstaltung in München die Gaskammern als "Detail der Geschichte des Zweiten Weltkrieges" bezeichnet.

Am 15. Juni 1998 gab es ein Zusammentreffen zwischen Frey und Le Pen im Straßburger Europaparlament. In einer gemeinsamen Entschließung heißt es: "Die beiden Parteien werden ihre Bindungen ausbauen und verstärken. Beide Parteivorsitzende sind sich über die grundlegenden Gemeinsamkeiten ihrer politischen Programme einig. FN wie DVU kämpfen gegen die Etablierung einer neuen Weltordnung durch Mächte, die die nationale Souveränität Frankreichs wie Deutschlands gering schätzen. Sie wollen, dass in ihren Ländern die Interessen der Bürger vor denen Fremder vorrangig berücksichtigt werden. Sie treten ein für eine Begrenzung der Zuwanderung." ("Deutsche National-Zeitung", 26/1998, S.3)

Wladimir Schirinowskij

Seit über zehn Jahren unterhält die DVU intensive Kontakte zu Wladimir Schirinowskij und dessen rechtsextremer "Liberaldemokratischen Partei Russlands" (LDPR). Die 1991 gegründete LDPR erzielte bei den russischen Parlamentswahlen im Dezember 2003 11,8 Prozent. 1992 war Schirinowskij umjubelter Redner bei der DVU-Saalveranstaltung in Passau. Zuvor nahm Gerhard Frey jun. auf Einladung der LDPR an deren Parteitag im April 1992 in Moskau teil. Frey sen. war 1994 Gast des LDPR-Parteitages. Schirinowskij und Frey haben in ihrer fünf Punkte umfassenden "Moskauer Erklärung" vom 29. Juni 1994 neben der Bekräftigung der Freundschaft zwischen Russen und Deutschen auch nationalistischen Forderungen Ausdruck verliehen.

Die brandenburgischen DVU-Landtagsabgeordneten Sigmar-Peter Schuldt (DVU-Landesvorsitzender in Brandenburg und Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer) und Markus Nonninger nahmen am 21./22. Februar 2004 auf Einladung von Schirinowskij (in dessen Funktion als Vize-Präsident der russischen Staatsduma) am

Zweiten Welt-Kongress der europäischen und asiatischen patriotischen Parteien in Moskau teil. Angaben der DVU zufolge fand die von der DVU-Delegation vertretene Meinung, dass die Türkei "nicht in die Europäische Union gehört, den ungeteilten Beifall aller Kongressteilnehmer." (www.dvu-fraktion-brandenburg.de)

Wladimir Daschitschew

Ein besonders enges Verhältnis pflegt die DVU zu Wladimir Daschitschew. Daschitschew war Gastredner beim Landesparteitag der DVU in Brandenburg am 27. Juni 2004 und ist regelmäßiger Autor und Interviewpartner der "National-Zeitung". Daschitschew war 1988/1989 einer der Deutschland-Berater des russischen Präsidenten Michael Gorbatschow. Zeitgleich war er Leiter der Abteilung für internationale Probleme im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Systems (1972 bis 1990) und Vorsitzender des wissenschaftlich beratenden Beirates beim Amt der sozialistischen Länder des Außenministeriums (1987 bis 1989). Daschitschew hat mit verschiedenen Denkschriften die sowjetische Deutschlandpolitik maßgeblich mit beeinflusst.

Nach 1990 war Daschitschew, Mitglied der Moskauer Akademie der Wissenschaften, als Gastprofessor an der FU Berlin und den Universitäten in München und Mannheim tätig. Zeitgleich begann auch sein Engagement in ultrarechten bis rechtsextremen Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland. Geringesehen als Referent ist Daschitschew bei der rechtsextremen "Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP). Zuletzt referierte er beim GFP-Jahreskongress im Frühjahr 2004.

Die 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NS-Funktionären gegründete GFP ist die mitgliederstärkste rechtsextreme "Kulturvereinigung" und das größte überparteiliche Sammelbecken von rechtsextremen Verlegern, Redakteuren, Publizisten, Schriftstellern und Buchhändlern in der Bundesrepublik. Die GFP will vor allem "Aufklärungsarbeit" leisten, um die angeblich verzerrte Darstellung der Zeitgeschichte zu korrigieren. Alljährlich wird von der GFP die "Ulrich-von-Hutten-Medaille" an verdiente Kampfgefährten verliehen. Zu den bisherigen GFP-Preisträgern gehören u. a. der frühere NSDAP-Reichstagsabgeordnete Werner Kuhnt, Wilfred von Oven, letzter Adjutant von NS-Reichspropagandaminister Joseph Goebbels und der rechtsextreme Verleger Wigbert Grabert.

Vlaams Blok

Gäste in Passau waren auch immer wieder Abordnungen des belgischen Vlaams Blok (seit Ende 2004: Vlaams Belang). Der rechtsextreme VB wurde 1978 von zwei ehemaligen Mitgliedern der Flämischen Volksunion gegründet. Ähnlich wie der Front National instrumentalisiert der VB die Einwanderungsfrage für seine politischen Kampagnen. Bei den flämischen Regionalwahlen im Juni 2004 landete der VB mit 24,1 Prozent auf Platz zwei dicht hinter den Christdemokraten. In seiner Hochburg Ant-

werfen konnte der VB 34,9 Prozent verbuchen und damit seinen Anfang der neunziger Jahre begonnenen Siegeszug fortsetzen. Filip Dewinter, Frontmann des VB, initiierte Anfang Dezember 2004 in Antwerpen ein erstes Treffen mit den Spitzen des Vlaams Belang, des französischen Front National, der italienischen Lega Nord und der niederländischen Liste Nieuw Rechts zur Gründung einer nationalen Internationale. Vor Ort war auch der österreichische Europaparlamentarier Andreas Mölzer (FPÖ, Herausgeber und Chefredakteur der Wochenzeitung "Zur Zeit"). Spitzenkandidat dieser Bewegung soll Angaben von Dewinter zufolge der in FPÖ-Reihen wegen seiner Türkei-Sympathien stark umstrittene Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider werden.

David Irving

Seit über 20 Jahren besteht ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Gerhard Frey und dem Briten David Irving. Irving wurde 1982 von der DVU mit dem "Europäischen Freiheitspreis der >National-Zeitung<" ausgezeichnet. Mehrfach trat er in den Folgejahren bei Vortragsveranstaltungen der DVU und bei DVU-Großveranstaltungen in Passau auf. 2004 veröffentlichte er im DSZ-Verlag (Inhaber: Gerhard Frey) das Buch "Schlacht um Europa. Mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Invasion 1944". Das Buch des "berühmten britischen Autoren" (Frey) wurde den "Freunden des DSZ-Buchkreises im Juni 2004" unaufgefordert zum Preis von 20 Euro zugesandt. Irving ist weltweit der bekannteste Holocaustleugner. 1993 wurde Irving vom Landgericht München wegen Beleidigung und Verunglimpfung Verstorbener zu einer Geldstrafe verurteilt und mit einem Einreiseverbot in die Bundesrepublik Deutschland belegt. Im Jahr 2000 unterlag er in einem von ihm gegen die Historikerin Deborah Lipstadt angestregten Verleumdungsprozess vor dem Londoner High Court, die ihn als "einen der gefährlichsten Holocaust-Leugner" genannt hatte. Das Gericht bezeichnete ihn in der Urteilsbegründung als Rassisten, Antisemiten und Fälscher historischer Tatsachen.

(v) National-Zeitung

Das ideologisch-politische Steuerungsinstrument der DVU stellt die im DSZ-Verlag in einer Auflagenhöhe von 44.000 Exemplaren erscheinende "National-Zeitung" (monatlicher Bezugspreis: 8,25 Euro) dar. Die NZ ist das Sprachrohr der DVU. Im Unterschied zum bewusst allgemein gehaltenen Parteiprogramm der DVU, das die rechtsextreme Grundhaltung der Partei zu verschleiern versucht, sprechen die reißerischen Schlagzeilen der NZ eine andere, entlarvende Sprache.

Die "National-Zeitung" vertritt eine rückwärts gewandte Perspektive, die immer wieder auf klassische, rechtsextreme Themenfelder zurückgreift und an die Ressentiments ihrer LeserInnen appelliert. Juristisch gekonnt wird bei der Darstellung der rechtsextremen Positionen die Schwelle zur strafrechtlichen Relevanz nicht überschritten. Die NZ ist geprägt von Fremdenfeindlichkeit in Form einer permanent geführten rassistisch

ausgeprägten Kampagne. Auf breiter Front schürt die NZ Vorurteile gegenüber Ausländern und Asylbewerbern. Straftaten oder Handlungen einzelner Ausländer werden ganzen Bevölkerungsgruppen angelastet und diese diffamiert. Ausländer werden pauschal als Bedrohung für den Bestand der Gesellschaft und für den sozialen Frieden in Deutschland dargestellt. Dem Leser wird so eine existenzielle Bedrohung Deutschlands durch eine angeblich mit der Zuwanderung einhergehende "Überfremdung" suggeriert. Für diese Agitation nutzt die DVU vor allem den eventuellen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sowie die EU-Osterweiterung.

Weiterhin ist die NZ geprägt von Antisemitismus, von der Relativierung und Infragestellung des Holocaust und der NS-Verbrechen, von Kriegsschuldleugnung, von der Agitation gegen Wiedergutmachungsforderungen, von Angriffen auf den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentanten, die als korrupt und unfähig dargestellt werden und von der Verunglimpfung von Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland. Den politischen Entscheidungsträgern wird gebetsmühlenartig vorgeworfen, mit ihrer Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes zu verstoßen, seine Existenz zu bedrohen oder gar als Handlanger ausländischer Mächte die Deutschen im eigenen Land zur Minderheit machen zu wollen. Verschwörungstheoretisch wird argumentiert, dass ein um die Machtzentren USA und Israel gruppiertes "Weltjudentum" nach Weltherrschaft strebe und aufgrund ihres dominierenden Einflusses in den USA die Welt- und Deutschlandpolitik bestimme.

Regelmäßig greift die NZ Tagesthemen auf und kommentiert diese auf der Grundlage langjährig entwickelter Feindbilder wie der "kriminellen Asylbewerber", der "faulen Polen" oder der "die Deutschen erpressenden Juden". Die NZ druckt immer wieder umfangreiche Artikel ab, die die Eskalation des Nahost-Konflikts betreffen und sich einzig gegen die Politik Israels richten.

Verteidigt wird in der NZ das Ansehen der Wehrmacht. Seit 1999 läuft die Serie von Soldatenporträts ("Große deutsche Soldaten - Unsterbliche Helden").

Gewürdigt wurde 2004 z. B.:

- Otto Kumm, vormals Brigadeführer, Generalmajor der Waffen-SS und letzter Kommandant der 1.SS-Panzerdivision "Leibstandarte Adolf Hitler" (LAH), später Gründer der "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Soldaten der Waffen-SS" (HIAG). Ihm hält die NZ zugute, dass er nach 1945 "gegen die Pauschal-Verurteilung der Waffen-SS-Soldaten" antrat. (NZ, 27/2004)
- Gewürdigt wurde auch Gerhart Schirmer. Ihm bescheinigt die NZ "sich nach dem Krieg immer schützend vor das Ansehen der Wehrmachtsoldaten gestellt" zu haben. (NZ, 44/2004) Der einstige Fallschirmjägerkommandant und Ritterkreuzträger Schirmer trat in den 90er Jahren als Holocaustleugner und Geschichtsrevisionist publizistisch in Erscheinung.

Am Ende von Artikeln wird in der NZ regelmäßig auf entsprechende "weiterführende"

Publikationen des Frey-Medienimperiums hingewiesen. Politik und Geschäft gehen Hand in Hand.

Seit 2003 gelingt es der NZ immer wieder international bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur für Interviews zu gewinnen. Diese Gesprächspartner stammen mehrheitlich aus dem demokratischen Spektrum, stimmen aber in einzelnen Fragen vordergründig mit Positionen des DVU-Sprachrohrs überein. Meistens nahmen diese Personen kritisch Stellung zu der Politik Israels oder der USA. Diesen Interviewpartnern aus dem Ausland ist oftmals der rechtsextreme Hintergrund der DVU-Fragesteller und der NZ unbekannt.

Autorenkreis der "National-Zeitung"

Der ca. ein Dutzend Personen zählende Autorenkreis der NZ hat sich in den letzten Jahren praktisch nicht geändert. Profilierte rechtsextreme Publizisten sind Ausnahmeerscheinungen bei der NZ. Franz Schönhuber hat seine zeitweilige Autorenschaft in der NZ aufgegeben. Zum Autorenkreis zählen neben Gerhard Frey sen. u. jun. unter anderem Bernhard Barkholdt (Pseudonym von Bernd Dröse), Gernot Gyseke (Pseudonym), Wilhelm Hillek (ehemaliger Frontsoldat aus Österreich), Rita Hoffmann (ehemals zeitweilig wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentralkomitees der SED), G. Kicher (Pseudonym), Karsten Kriwat (Jurist, der einer ostpreußischen Familie entstammt), Manfred Müller (Oberstudienrat a.D., regelmäßiger Mitarbeiter von "Nation & Europa") und Bruno Wetzel (DVU-Bundesvorstandsmitglied).

Seit Ende 2004 findet sich unter den NZ-Autoren der bekannte rechtsextreme Publizist Andreas Molau. Der ehemalige Waldorflehrer arbeitet als wissenschaftlicher Berater für die sächsische NPD-Landtagsfraktion. Von 1990 bis 1994 war er verantwortlicher Redakteur des Kulturteils der Wochenzeitung "Junge Freiheit". Wegen der Veröffentlichung eines revisionistischen Artikels des bekennenden Faschisten Armin Mohler musste Molau 1994 die JF-Redaktion verlassen.

"Freundeskreis National-Zeitung"

In unregelmäßigen Abständen veranstaltet der "Freundeskreis National-Zeitung" und die DVU ein bis zweimal im Jahr Vortragsveranstaltungen mit rechtsextremen Ideologen.

Am 7. Februar 2004 veranstalteten der überparteiliche "Freundeskreis National-Zeitung" und die DVU eine Vortragsveranstaltung mit dem Referenten Peter Dehoust im bayrischen Kaufbeuren. Dehoust ist Mitherausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift "Nation & Europa". Vorrangiges Ziel der Zeitung ist es dazu beizutragen, die Zersplitterung der rechtsextremen Parteien und Organisationen zu überwinden und das nationalistisch orientierte Lager in der Bundesrepublik zu einen. Er war bis 1992 NPD-Mitglied

und gehört seit Jahren in führender Funktion der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP), der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik, an.

Der geschichtsrevisionistische Historiker Walter Post referierte am 8. Mai 2004 auf einer Veranstaltung des "Freundeskreises National-Zeitung" und der DVU zum Thema "Kriegsschuld aus neuer Sicht. Was der Öffentlichkeit unterschlagen wird". Angaben der "National-Zeitung" zufolge "widerlegte" Post "überzeugend das Märchen, der böse Wolf Deutschland sei 1939 in eine Welt-Lämmerherde gefallen. Post zeigte insbesondere die Mitschuld der raumfremden Mächte USA und Sowjetunion an der deutschen und gesamteuropäischen Katastrophe 1939-45 auf." ("National-Zeitung", 2/2004) Post, Buchautor des rechtsextremen Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain und Interviewpartner der "National-Zeitung", ist Referent der NS-apologetischen "Kärntner Kulturtag", des rechtsextremen "Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes" und der Waffen-SS-treuen HIAG Stuttgart. Zur Feder greift er u.a. für die geschichtsrevisionistischen Vierteljahreshefte "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" und die FPÖ-nahe Monatszeitschrift Aula".

Interviewpartner der "National-Zeitung"

Zu den Interviewpartnern der NZ zählen bundesweit bekannte Rechtsextremisten. Darunter sind:

- Dietmar Munier (rechtsextremer Verleger, 6/2004)
- Alfred Mechttersheimer (Kopf der rechtsextremen "Deutschland-Bewegung", 7/2004)
- Peter Dehoust (Mitherausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift "Nation & Europa", 8/2004)
- Horst Mahler (notorischer Holocaustleugner und Antisemit, 9/2004)
- Erich Priebke (NS-Kriegsverbrecher, 16/2004)
- Jürgen Rieger (rechtsextremer Szene-Anwalt, Anmelder der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche in Wunsiedel, 18/2004)
- David Irving (notorischer Holocaustleugner, 25/2004)
- Wjatscheslaw Daschtschew (Referent bei der rechtsextremen "Gesellschaft für freie Publizistik", 29/2004)
- Udo Voigt (NPD-Bundesvorsitzender, 36/2004)
- Holger Apfel (stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, 42/2004)
- Bernd Rabehl (ehemaliger Weggefährte von Rudi Dutschke, heute Referent und Publizist in rechtsextremen Zusammenhängen, 44/2004)
- Walter Marinovic (stellvertretender Vorsitzender des rechtsextremen "Kulturwerkes Österreich", 45/2004)
- Liane Hesselbarth (DVU-Landesvorsitzende, 46/2004)
- Gerhoch Reisegger (antisemitischer Buchautor der rechtsextremen Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain, 48/2004)
- Andreas Molau (wissenschaftlicher Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in

Sachsen, 49/2004)

- Herbert Fritz (rechtsextremer Publizist und Referent, 51/2004)

Schlagzeilen der "National-Zeitung" im Jahr 2004

Im Jahr 2004 lieferte die NZ u. a. folgende Schlagzeilen:

- "Millionen Türken wollen nach Deutschland. In Slums warten sie auf den EU-Beitritt." (1-2/2004)
- "Alttestamentarischer Hass statt Versöhnung? Simon-Wiesenthal-Center ruft zur Denunziation auf." (1-2/2004)
- "Was uns die EU-Erweiterung kostet. Die Deutschen sollen noch mehr bluten." (3/2004)
- "Wie die Deutschen die Türken durchfüttern sollen." (3/2004)
- "Wird Saddam Hussein hingerichtet? Das Unrecht der Siegerjustiz hat Tradition." (3/2004)
- "Keine frohe Botschaft aus dem Heiligen Land. Sharon setzt seinen Vernichtungsfeldzug fort." (3/2004)
- "Wie kriminell ist Friedman? Die >Moral< des Deutschenhassers." (3/2004)
- "Raubritter in der Politik. Wie sie unser Volk ausplündern." (4/2004)
- "Asozialpolitik gegen das eigene Volk! Wie es zur Geburtenarmut der Deutschen kommen konnte." (4/2004)
- "Jetzt auch noch >Holocaust an Herero<. Deutsche sollen zahlen für >Untaten unter Kaiser Wilhelm<" (4/2004)
- "Wird Deutschland türkisch? Wenn Ankara der EU beitritt..." (5/2004)
- "Hitler und Holocaust auf Schritt und Tritt. Versuch der Quantifizierung einer >Volkspädagogik< in Stein, Bronze und Beton." (5/2004)
- "Korruptions-Saustall bei Politikern. Und solche Abzocker verlangen Opfer vom Volk!" (5/2004)
- "Kolonialholocaust der Deutschen?" (5/2004)
- "Droht die Maulkorb-Republik? Der >Fall Hohmann< und die Folgen" (6/2004)
- "Verrat an Deutschland. Wie EU-Beitritt der Türkei erschlichen wird." (6/2004)
- "Kein Gedenktag und kein Mahnmal. Die Deutschen sind bis heute Opfer zweiter Klasse." (7/2004)
- "Sollen Ausländer die Deutschen ersetzen? Was das neue Zuwanderungsgesetz wirklich bringt." (8/2004)
- "Der Holocaust von Dresden" (8/2004)

- "Wie uns die EU ausplündert. Die Deutschen als Zahlmeister Europas" (9/2004)
- "Wie Herr Kohn zu Mister Kerry wurde ... Die jüdischen Wurzeln des US-Präsidentschaftsbewerbers" (9/2004)
- "Wenn die Türkei in die EU kommt: Geht Deutschland unter?" (10/2004)
- "Tabu Ausländer-Kriminalität. Was den Bürgern verschwiegen wird." (10/2004)
- "Freie Fahrt für Kriminelle? EU-Osterweiterung und die Folgen." (11/2004)
- "Übernehmen Türken Deutschland? Schröder & Co. wollen noch mehr reinholen." (11/2004)
- "Alles Banane oder was? Wie Deutschland von den Parteien ausgeplündert wird." (11/2004)
- "Noch mehr Milliarden für Türken. Wie Deutschland für ihren EU-Beitritt blechen muss." (12/2004)
- "Ausländer - Deutschlands Rettung? Der Schwindel der >Zuwanderungs-Expertin< Süßmuth." (13/2004)
- "Ist die Wahrung eigener Rechte Antisemitismus?" (14/2004)
- "Wird Deutschland zweites Israel? Masseneinwanderung von Juden." (15/2005)
- ">Mehr für Ausländer als für Deutsche tun! < Der Plan zur Entrechtung unseres Volkes." (15/2005)
- "Haben wir keine anderen Sorgen? NS-Dokumentationszentrum in München geplant." (15/2004)
- "Müssen wir Israel lieben? Was die jüdische Lobby von uns verlangt." (16/2004)
- "Die organisierte Kriminalität. Wie sich Russenmafia und Zigeunerbanden auf den EU-Beitritt vorbereiten." (16/2004)
- "Müssen die Deutschen ewig büßen? Wie ein Volk geknechtet wird." (17/2004)
- "Ewig für Hitler büßen?" (17/2004)
- "Sündenbock + Melkkuh + Dukatenesel = Das moderne Deutschland." (17/2004)
- "Wie frei ist Deutschland? Was man heute nicht mehr sagen darf." (18/2004)
- "Deutschland zahlt und zahlt ... Die wahren Kosten der EU-Erweiterung." (19/2004)
- "Sind wir alle Judenhasser? Der erfundene Antisemitismus." (20/2004)
- "Fischers neue Kleider. Neokoloniale Außenpolitik im Dienste Israels und Amerikas." (20/2004)

- "Wird das deutsche Volk fremdbestimmt? Die Stimmen eingebürgerter Ausländer entscheiden Wahlen." (20/2004)
- "EU-Osterweiterung - eine Katastrophe? Wahnsinnskosten und explodierende Kriminalität." (21/2004)
- "Kommen Millionen Zigeuner? Die verschwiegenen Folgen der EU-Erweiterung." (22/2004)
- "Der Dreißigjährige Krieg der Linken gegen das Vaterland" (23/2004)
- "Der Halbmond über den Deutschen ... Wie groß sind die Gefahren einer Islamisierung Mitteleuropas?" (23/2004)
- "Wie viele Ausländer verträgt Deutschland? Der Betrug mit dem Zuwanderungsgesetz" (24/2004)
- "Invasion von Sozialhilfe-Empfängern aus Osteuropa" (24/2004)
- "Hätte die Invasion abgewehrt werden können? Die eigene Niederlage feiern: Neue Demütigung für Deutschland" (24/2004)
- "War das wirklich >Befreiung<? Die Lügen über die Invasion." (25/2004)
- "Ruiniert uns die EU-Osterweiterung? Millionen auf Armutswanderung." (25/2004)
- "Ami go home! USA vor massivem Truppenabzug aus Deutschland." (25/2004)
- "Schröder beleidigt deutsche Frontsoldaten. Was sich der Kanzler bei der Invasionsfeier leistete." (26/2004)
- "So rüstet Deutschland Israel auf. Wofür unser Staat immer noch Geld hat." (26/2004)
- "Wird Europa der Türkei ausgeliefert? Die traurige Rolle der Großindustrie." (27/2004)
- "Wie Ausländer-Banden Deutschland terrorisieren." (27/2004)
- "Wie Schröder Deutschland ruiniert. Der Fisch stinkt vom Kopfe her." (28/2004)
- "Deutschland auf dem Marsch ins Armenhaus. Geld genug ist da, es kriegen nur die Falschen" (28/2004)
- "Michael Wittmann und die >Tiger< der Waffen-SS. Fesselndes Buch über den erfolgreichsten Panzerkommandanten des Zweiten Weltkrieges." (29/2004)
- ">Terror-Tribunal< Brisantes Buch über die Nürnberger >Rechtsprechung< der Siegermächte 1945/46 jetzt besonders aktuell." (30/2004)
- "Für Türken Milliarden, für Deutsche nichts! Wohin unser Geld fließt." (31/2004)

- "Schandfleck Holocaust-Denkmal" (31/2004)
- "Kriminelle Ausländer raus!" (32/2004)
- "Herein, wenn es ein Jude ist! Kohls Werk: >Kontingentjuden<-Einwanderung" (32/2004)
- "Genug ist genug, Herr Pflüger! Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion betreibt Israel-Lobbyismus auf unterstem Niveau." (32/2004)
- "So verrät die SPD die Deutschen. >Hartz IV<: Sargnagel der Sozialdemokraten." (33/2004)
- "Geheimakte Rudolf Hess. Die neuen Erkenntnisse." (33/2004)
- "Polens verheimlichte Schuld. Schröders Anklagen gegen Deutschland." (34/2004)
- "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" (34/2004)
- "Halbmond über Deutschland? Warum die Türkei nicht in die EU gehört." (34/2004)
- "Kein Tauwetter für Priebke? Auch unter Horst Köhler betet das Bundespräsidialamt Parolen der >Partei des Hasses< nach." (35/2004)
- "Die Wahrheit über die deutschen Soldaten. Schröder und Reemtsma widerlegt." (35/2004)
- "Noch mehr Milliarden an die EU! Und den Deutschen wird das Geld gestrichen..." (36/2004)
- "Schröder - wie lange noch? Seine Politik gegen die Deutschen." (37/2004)
- "Deutsche böse, Alliierte gut? Wie über den 2. Weltkrieg gefälscht wird." (37/2004)
- "Deutsche Geburtenarmut gottgewollt? Etablierte Asozialpolitik richtet ein Volk zugrunde." (37/2004)
- "Die schwerwiegenden Fälschungen gegen Deutschland. Lügen und populäre Irrtümer über unser Volk." (37/2004)
- "Asyl für die ganze Welt? Neue Wahnsinnspläne der EU?" (38/2004)
- "Verlässt uns Hitler nie? Kino, Fernsehen: Als ob er nie gestorben wär!" (38/2004)
- "Stimmungsmache für EU-Beitritt der Türkei. Untergang des Abendlandes?" (38/2004)
- "Ewig büßen für Hitler? Warum man den >Führer< nicht ruhen lässt." (39/2004)
- "Sprengt die Türkei die EU? Was auf die Deutschen zukommt." (39/2004)
- "Erlässt Deutschland dem Irak Milliarden-Schulden? Warum für unsere Arbeitslosen kein Geld mehr da ist..." (39/2004)
- "Warum werden nur die Besiegten verfolgt? Angeblich letzter Kriegsverbrecherprozess in München." (40/2004)

- "Wie Rudolf Heß den Frieden retten wollte. Sensationelle Film-Dokumentation enthüllt die Hintergründe seines England-Fluges." (40/2004)
- "Türkei in der EU? Oh Gott! Der Wahnsinnsplan des Günter Verheugen." (41/2004)
- "Wird Deutschland zur Maulkorb-Republik? Neue Dokumentation über Hohmann und andere >Skandale<" (41/2004)
- "Der Friedensflug von Rudolf Heß" (42/2004)
- "Kein Sparstrumpf ist mehr sicher. Politiker planen neuen Raubzug." (43/2004)
- "Bringen die Türken die EU zum Platzen? Kosten, Lasten, Wahnsinns-Pläne." (43/2004)
- "Vorsicht Friedman. Brisante FZ-Dokumentation entlarvt TV-Inquisitor." (43/2004)
- "Wenn Medien hetzen, türken und linken. >Schweinejournalismus?< dokumentiert die schlimmsten Fälle." (43/2004)
- "Zermürbung die Taktik - Landraub das Ziel. Israel plant die Vernichtung des palästinensischen Volks." (43/2004)
- "Deserteur-Ehrung in Halbe? Was Bewältiger treibt." (43/2004)
- "Literaturnobelpreis für Jelinik. Österreich-Beschimpferin wird geehrt." (43/2004)
- "So saugt uns die EU aus. Warum Deutschland pleite ist." (44/2004)
- "Wer war Hitler wirklich? Sensationelle Aufzeichnungen seines engsten Vertrauten." (44/2004)
- ">Von der Etsch bis an den Belt< Deutschlands Grenzen im Laufe von zwei Jahrtausenden." (44/2004)
- ">Die Ehre der deutschen Nation über alle Himmel Europas getragen<. Zum 60. Todestag des Jagfliegerassess Walter Nowotny." (44/2004)
- "Wird Deutschland türkisch? Die Folgen einer EU-Mitgliedschaft Ankaras." (45/2004)
- "Süssmuth-Rat für noch mehr Ausländer. Was Etablierte wirklich planen." (45/2004)
- "Joschka Fischer schon wieder auserwählt. Die jüdisch-zionistischen Auszeichnungen des Außenministers." (45/2004)
- "Kommen 10 Millionen Türken? Warum Ankara EU-Mitglied werden will." (46/2004)
- "Deutschland als Melkkuh Europas? Wie uns die EU ausnimmt." (46/2004)
- "Halbmond über Deutschland? Warum die Türkei nicht in die EU gehört." (46/2004)
- "Verratenes Europa. Das Abendland vor dem dritten Türkensturm." (46/2004)
- ">Befreiungs<-Lügen widerlegt. Die Wahrheit über den 8. Mai 1945." (46/2004)
- "Israels ungeliebter Friede." (47/2004)
- "Die Lüge ist ihr letztes Wort. Geraten die >Meinungsmacher< in Panik?" (47/2004)

- "EU: Der Fluch des Türkei-Beitritts. Was wirklich auf uns zukommt." (48/2004)
- "Neuer >Aufstand der Anständigen<? Zentralratschef Spiegel hetzt gegen DVU und NPD." (48/2004)
- "Israel in die EU - und dann auf zur Weltrepublik! Erweiterungen aus dem Mund von Rockefellers Maul!" (48/2004)

- "Wird die Türkei europäisch oder Europa türkisch?" (49/2004)
- "Sind unsere Gefallenen vogelfrei? Hetze gegen Totenehrung zum Volkstrauertag." (49/2004)

- "Der Volkstod droht." (50/2004)
- "Beherrscht die Türkei bald Europa?" (50/2004)
- "Millionengrab für Steuergelder. Jüdisches Gemeindezentrum in München wird teuer." (50/2004)
- "Schindler`s List- Swindler`s List..." (50/2004)

- "Kann man Türken integrieren? Der geplatzte Multikulti-Traum."(51/2004)
- "Ikone des Shoah-Business entzaubert. Oskar Schindler: Viel List, wenig Liste" (Nr. 51/2004)
- "Die Tücken der EU-Verfassung. Deutsche Souveränität in Gefahr" (Nr. 51/2004)
- "Davidsternstunden im Deutschen Bundestag. Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe des Hohen Hauses" (Nr. 51/2004)

- "Wird Europa der Türkei ausgeliefert? Keine Spur von Demokratie."(52/2004)
- "Darf jeder Ausländer in Deutschland bleiben?" (52/2004)

- "Jetzt kommen die Türken!" (53/2004-1/2005)
- "Wie uns die EU ausplündert. Deutschland - Zahlmeister Europas." (53/2004-1/2005)
- "Eine Million türkische Zigeuner nach Deutschland? Was aus einer EU-Mitgliedschaft der Türkei auch noch folgen kann." (53/2004-1/2005)
- "Der Holocaust an den Deutschen. Dramatische Neuerscheinung im FZ-Verlag." (53/2004-1/2005)
- "Immer neue jüdische Ansprüche." (53/2004-1/2005)
- ">Das letzte Jahr der Waffen-SS< Fesselnde Bilddokumentation über die Abwehrkämpfe 1944/45." (53/2004-1/2005)

Medaillen des FZ-Verlages

In jeder Ausgabe der NZ offeriert der FZ-Verlag (Geschäftsführerin: Regine Frey) per Anzeige Medaillen als "ideales Geschenk" (Goldmedaillen zum Preis von 199 Euro oder Silbermedaillen für 49 Euro). Im ständigen Angebot sind neben einer Wehrmacht-Medaille unter anderem die Konterfeis von

- Walther Dahl (Kommodore der Rammjäger der Wehrmacht-Luftwaffe, der sich zeitlebens des Abschusses von 128 Flugzeugen rühmte)
- Eduard Dietl (fanatischer Nationalsozialist, Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP)
- Karl Dönitz (NS-Marineoberbefehlshaber, letztes Staatsoberhaupt der NS-Zeit)
- Rudolf Heß (Hitler-Stellvertreter)
- Erich Kern (Realname: Kernmayr, Gaupresseamtsleiter der NSDAP in Wien, SS-Sturmabteilführer)
- Erich Ludendorff (Militärdiktator von 1916 - 1918, war am Hitler-Putsch 1923 in München beteiligt)
- Hans-Joachim Marseille (der "erfolgreichste Jagdflieger des Afrikafeldzuges")
- Hanna Reitsch (Hitler-Verehrerin, die als erste und jemals einzige Frau mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse "ausgezeichnet" wurde)
- Hans-Ulrich Rudel (Hitlers höchstdekoriertes Jagdflugzeug)
- Otto Skorzeny (SS-Obersturmführer, Hitlers Spezialist für Sabotage und Geheimaktionen)

Devotionalien des Deutschen Buchdienstes

Der "Deutsche Buchdienst", der dem FZ-Verlag angeschlossen ist, bietet in jeder NZ-Ausgabe ein dreiseitiges Angebot an rechtsextremen Devotionalien (Bücher, Videos, CDs, DVs, Flaggen, Kalender). Im Winter-Angebot 2004 sind:

Bücher

- Patrick Agte: „Michael Wittmann“. Wittmann wird in rechtsextremen Kreisen als "erfolgreichster Panzerkommandant des Zweiten Weltkrieges" verehrt. Agte ist Geschäftsführer des rechtsextremen Munin-Verlages (Pluwig bei Trier), der die Waffen-SS-treue Monatszeitschrift "Der Freiwillige" herausgibt. Daneben ist Agte Geschäftsführer der Truppenkameradschaft I.SS-Panzerkorps. Am 27.Mai 2000 war Agte Ehrengast beim "2.Tag des Nationalen Widerstandes" der NPD in Passau.
- Werner Bross: „Gespräche mit Göring“. Bross war Assistent des Göring-Verteidigers Stahmer beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess.
- Karl Dönitz: „Mein soldatisches Leben. Die Memoiren des letzten Staatsoberhauptes des Dritten Reichs.“
- Gerhard Frey: „Halbmond über Deutschland? Warum die Türkei nicht in die EU gehört.“
- Hajo Herrmann: „Als die Jagd zu Ende war.“ Der Ritterkreuzträger Herrmann, der schon bei Einsätzen der Legion Condor in Spanien wütete, stand als Rechtsanwalt dem Altnazi Otto-Ernst Remer, dem Rechtsextremisten Arthur Vogt, dem NPD-Mitbegründer Udo Walendy und den international bekannten Holocaustleugnern David Irving und Fred Leuchter zur Seite. Der hochbetagte Herrmann,

Interviewpartner der National-Zeitung, war Referent beim Pressefest der Deutschen Stimme (NPD) im August 2004. Im April 2004 wurde er von der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) für seinen "bewunderungswürdigen Einsatz für Volk und Vaterland sowohl als tapferer Soldat ... als auch in der Nachkriegszeit als mutiger Zeitzeuge, Buchautor und Strafverteidiger angeklagter Patrioten" ausgezeichnet. ("Das Freie Forum", 2/2004, S.3) In einem Buch von Arthur Axmann, dem ehemaligen HJ-Führer, wird Herrmann als "intelligenter Draufgänger" bewundert, "der die Taktik der >Wilden Sau< und das Rammen der feindlichen Flugzeuge eingeführt hatte! Diese Tapfersten stiegen noch auf, um ihre Heimat zu verteidigen, als der Kampf gegen eine vielfache Übermacht am Himmel schier aussichtslos erschien." (Axmann, Artur: "Das kann doch nicht das Ende sein." Hitlers letzter Reichsjugendführer erinnert sich. Koblenz 1995, S.404)

- David Irving: „Der Untergang Dresdens“. Irving ist weltweit der bekannteste Holocaustleugner.
- Karsten Kriwat: „Der andere Holocaust. Die Vertreibung der Deutschen 1944 - 1949.“
- Heinz Magenheimer: „Militärstrategie Deutschlands 1940-45“. Der Geschichtsrevisionsist und "Junge Freiheit"-Autor vertritt die These vom "Präventivkrieg" Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion.
- Wolfram Mallebrein: „Der Reichsarbeitsdienst.“ Der DVU-"Andreas-Hofer-Preisträger" Mallebrein war in der NS-Zeit Oberstfeldmeister des Reichsarbeitsdienstes.
- Alfred Läßle: „Paula Hitler - die unbekannte Schwester.“
- Rolf Kosiek: „Völker statt "One World"“. Kosiek, ehemals NPD-Landtagsabgeordneter, ist Vorsitzender der "Gesellschaft für freie Publizistik", der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik.
- Walter Post: „Die Ursachen des Zweiten Weltkriegs.“ Post ist Preisträger der geschichtsrevisionistischen "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) und Referent bei der "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS. (HIAG). Der NZ-Interviewpartner vertritt die These vom "Präventivkrieg" Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion und ist der Meinung, dass "lediglich" 1,78 Millionen Sowjetsoldaten in deutscher Gefangenschaft umgekommen sind. (Post, Walter: "Wehrmachtausstellung" im neuen Gewand. In: "Deutsche Militärzeitschrift", Nr.29, S.16 - S.19; hier: S.19). Die seriöse Forschung spricht von 3,3 Millionen toten sowjetischen Gefangenen in deutscher Gefangenschaft.
- Gerhoch Reisegger: „Wir werden schamlos irreführt! Vom 11. September zum Irak-Krieg.“ Der österreichische Ingenieur und Unternehmensberater ist ein viel gefragter Autor und Referent in rechtsextremen Zusammenhängen.
- Olaf Rose: „Der Hetzer. Lord Vansittart und die britische Kriegspropaganda gegen Deutschland 1939 - 1945.“ Rose kam im Mai 2003 in die Schlagzeilen, als der bei der Stadt Herne als ABM-Kraft beschäftigte Historiker wegen seiner Kontakte zur rechtsextremen Szene entlassen wurde. Rose war zwei Jahre lang mit der Aufgabe betraut, das Kapitel NS-Zwangsarbeit in Herne aufzuarbeiten. Er kam zum Ergebnis,

dass die meisten Zwangsarbeiter angeblich gut genährt und Freiwillige gewesen seien, deren Gesundheitsbetreuung in Krankenhäusern erfolgte.

- Ernst von Salomon: „Der Fragebogen.“ Salomon, ein konservativer Revolutionär und Freikorpskämpfer, saß wegen seiner Zusammenarbeit mit Terroristen der "Gruppe Ehrhardt", die den Reichsaußenminister Rathenau ermordeten, eine mehrjährige Haftstrafe ab.
- Edmund Sawall: „Auflösung Deutschlands?“ Der Autor gehört dem Führungskreis der rechtsextremen "Deutschen Studiengemeinschaft" (DSG) an. Sawall greift auch für die NPD-Parteizeitung "Deutsche Stimme" zur Feder.
- Julius Schaub: „In Hitlers Schatten. Erinnerungen und Aufzeichnungen des Chefadjutanten 1925 - 1945.“ Schaub, NSDAP-Mitglied (Nr.81), war SS-Brigadeführer (SS-Mitglied, Nr.7). Er gilt als einer der persönlichsten Mitarbeiter und Vertrauten Hitlers.
- Franz Schönhuber: „Welche Chancen hat die Rechte?“ Schönhuber war Bundesvorsitzender der von ihm 1983 mitgegründeten Republikaner.
- Ralph Tegethoff: „Die Ritterkreuzträger des Panzerkorps Großdeutschland.“ Das NPD-Mitglied Tegethoff ist mehrfach wegen Verwendung verfassungsfreundlicher Symbole und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz vorbestraft. Tegethoff ist Ex-Funktionär der zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Vereinigungen "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und "Wiking-Jugend" (WJ).

Video/DVD

- „Geheimakte Heß“ Der Film leistet dem Heß-Mythos der Rechtsextremisten Vorschub. Behauptet wird, dass Hitler einen auf Ausgleich beruhenden Friedensschluss suchte, den jedoch der britische Premier Winston Churchill ablehnte. "In dem sensationellen Beitrag", so eine Neonazi-Rundmail an Gleichgesinnte, wurde "klar und deutlich" ausgesprochen, "dass Hess ermordet wurde." Einer der Macher des Filmes ist der Rechtsextremist Olaf Rose (s. o.).
- Stukas im Einsatz
- Hitler-Deutschland in Farbe
- Die großen Feldzüge des Zweiten Weltkrieges
- Die Schlacht um die Reichskanzlei

CD

- Rene Heizer: „Wille zur Freiheit.“ Heizer ist das Pseudonym von Ingo Halberstadt, der ehemals Mitglied der JN, der NPD und der REP war. Halberstadt war mehrfach für die musikalische Umrahmung von Sonnenwendfeiern der DVU verantwortlich.
- Grüne Teufel. Lieder der deutschen Fallschirmtruppe: Wir sind deutsche Fallschirmjäger, Auf Kreta ...
- Deutschland, Deutschland über alles. Mit Deutschlandlied!

Flaggen

- Deutschland-Fahne schwarz-weiß-rot

(vi) Frey und die NPD

Die von den Medien im Herbst 2004 als Sensation verkaufte Meldung eines "Schulter-schlusses von Frey mit der NPD" ist eigentlich ein alter Hut. "Sie küssten und sie schlugen sich" - so lässt sich die Beziehung zwischen Frey und der NPD am besten charakterisieren.

1969 bemühte sich Frey um ein etwaiges Direktmandat der NPD für den Einzug in den Bundestag, wird aber erst gar nicht aufgestellt. 1975 wurde er Mitglied der NPD und kandidierte für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, wurde jedoch lediglich Beisitzer des Bundesvorstands und trat 1979 wieder aus der NPD aus. 1986 kam es zum dritten Annäherungsversuch Freys mit der NPD. Im März 1987 gründete Frey in München die "Deutsche Volksunion - Liste D" und ließ sich zu deren Bundesvorsitzenden wählen. Absprachen zwischen Frey und der NPD zufolge sollten die Parteien künftig bei Wahlen nicht miteinander konkurrieren, um der Zersplitterung des rechten Wählerpotentials zu begegnen. Die jeweils aussichtsreichere der beiden sollte an den Start gehen, wobei die Mitglieder der anderen Partei in die Wahllisten aufgenommen werden sollten. Unter Einsatz erheblicher Werbemittel zog die Partei noch im gleichen Jahr in die Bremer Bürgerschaft ein. Schon bald endete jedoch aufgrund inhaltlicher Querelen und wachsender persönlicher Widerstände gegen seine Person auch dieser Kooperationsversuch mit der NPD. 1991 setzte Frey der Zusammenarbeit auf dem Bundesparteitag in Passau durch die Streichung des Zusatzes "Liste D" aus dem Parteinamen ein Ende. Seither tragen Verein und Partei übereinstimmend die Kurzbezeichnung DVU.

(vii) Auf dem Weg zur "Nationalen Rechten?"

Die überwiegende Mehrheit der Basis der in sich zersplitterten rechtsextremen Organisations- und Parteienlandschaft fordert ihre Führungsgrößen seit Jahren zu gemeinsamen Wahlabsprachen- und Bündnissen auf. Die Wahlabsprachen zwischen DVU und NPD tragen dem Rechnung.

Rechtsextremisten Hand in Hand

Ungeachtet der bislang ausgeprägten Zwistigkeiten zwischen den Führungsgrößen des bundesdeutschen Rechtsextremismus marschieren Mitglieder und Sympathisanten der rechtsextremen Szene einhellig bei Demonstrationen Hand in Hand. Mit dabei sind

DVU-Mitglieder- Sympathisanten und Wähler. So demonstrierten Mitglieder der DVU am 13. Februar 2004 zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens wiederholt gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten, so u.a. mit Funktionären, Mitgliedern und Sympathisanten der NPD, REP, der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) sowie mit Angehörigen der neonationalsozialistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene.

Mitglieder der DVU waren beteiligt, als Rechtsextremisten aus Kreisen der NPD, der REP, der Deutschen Partei und der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene aus dem Raum Dresden am 24. April 2003 das "Nationale Bündnis Dresden e.V." (NB) als eine gemeinsame Wahlplattform für die Kommunalwahlen 2004 in Dresden gründeten. Ziel der Vereinsgründung war, eine weitere "Zersplitterung der nationalen Opposition" zu verhindern und die nationalen Kräfte in Dresden zu bündeln. Zum NB-Vorsitzenden wurde der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel gewählt. Beisitzer wurde u. a. der DVU-Kreisschatzmeister Harald Zander. Die NPD-Parteipostille feierte den "nationalen Schulterschluss" als "Erfolg versprechendes Projekt". ("Deutsche Stimme", Juli 2003, S.11)

Bei den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 erzielte das Bündnis 4 Prozent (= 3 Sitze im Dresdner Stadtrat). In einer Erklärung zu den Kommunalwahlen sprach das Bündnis von einer "bundesweiten Signalwirkung", die nun eintreten werde: "Es wird deutlich, dass Patrioten Erfolg haben können, wenn das Trennende überwunden wird und endlich nicht mehr kleinkarierte Parteiinteressen, sondern Interessen der Bürger im Mittelpunkt stehen. Daran ändern auch Distanzierungsversuche von Möchtegernpolitikern nichts, die mit ihrem kleingeistigen Abgrenzungswahn Wahlerfolge der nationalen Rechten krampfhaft zu verhindern versuchen." (www.nationales-buendnis-dresden.de)

Gemeinsame Erklärung von DVU und NPD

Am 23. Juni 2004 verabschiedeten die Parteivorstände von DVU und NPD eine gemeinsame Erklärung: "Die Parteivorstände von DVU und NPD haben angesichts der zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deutschen beschlossen, sich bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern. Die Vorstände empfehlen den nationalen Wählern, in Brandenburg der DVU und in Sachsen der NPD ihre Stimme zu geben. ... Das Ziel 2004 ist, im September in beiden Ländern nationale Abgeordnete ins Parlament zu bringen."

Die Wahlabsprache zwischen DVU und NPD kommentierte Hesselbarth in einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift "Nation & Europa" mit den Worten: "Das jüngste Abkommen zwischen Deutscher Volksunion und den Nationaldemokraten ist nach meinen Beobachtungen im gesamten rechten Lager mit Freude aufgenommen worden, während sich die Vertreter der feindlichen Feldpostnummern mächtig geärgert haben. Das allein schon zeigt, wie sinnvoll und richtig es ist, auch langfristig nach dem Prinzip zu verfahren: Rechte schießen nicht auf Rechte." (Interview mit Liane

Hesselbarth. In: "Nation & Europa", September 2004, S.43 - 45; hier: S.44f)

Nach den rechtsextremen Wahlerfolgen am 19. September 2004 fand am 22. September das erste Sondierungsgespräch zwischen Frey und dem seit 1996 amtierenden NPD-Vorsitzenden Voigt in Berlin statt. Sie kamen, so eine Presseerklärung der DVU überein, "dass beide Parteien auf Dauer zusammenwirken und darauf hinarbeiten, dass jeweils nur eine nationale Liste zu Landtagswahlen, zur Bundestagswahl und zur Europawahl antritt."

In seiner Rede beim NPD-Bundesparteitag am 30. Oktober 2004 im thüringischen Leinefelde erklärte Voigt vor 160 Delegierten: "Es wird eine absolut gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit geben. Beide Parteien werden weiterhin bestehen bleiben und künftig Wahlabsprachen bzw. gemeinsame Listen oder Listenverbindungen dort anstreben, wo dies wahlrechtlich möglich ist. ... Wir haben uns bereits jetzt im Grundsatz darauf verständigt und die Zustimmung unserer Vorstände eingeholt, dass zur Bundestagswahl 2006 der Listenführer die NPD sein wird, Dr. Frey und weiter zu benennende Führungskräfte der DVU sind dann bereit auf den NPD-Listen zu kandidieren. Umgekehrt wird dann die DVU zur Europawahl 2009 der Listenführer mit Kandidaten der NPD auf der DVU-Liste sein. Über die zwischenzeitlich stattfindenden Landtagswahlen wird eine ähnliche Übereinkunft angestrebt. Nach rechtlichen Klärungen müssen dazu aber noch Gespräche mit den einzelnen Landesverbänden geführt werden und der Vorstand, den Sie heute wählen, muss dieser Regelung dann zustimmen."

Am Folgetag redete Frey und rief dazu auf, einen "größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus", mit denen die DVU "nichts zu tun" habe, zu halten. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Voigt erklärte Frey gegenüber der Presse, beide Parteien seien sich in den Grundzielen einig. Unterschiede interessierten ihn nicht. Wichtig sei es, auch künftig bei Wahlen solche Erfolge wie zuletzt in Sachsen und Brandenburg zu erzielen. ("Nachrichtendienst" des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen, 10/2004, S.26)

Treffen in Süddeutschland

Am Tag der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen trafen sich auf Initiative des ehemaligen baden-württembergischen REP-Landtagsabgeordneten Karl-August Schaal, heute REP-Bezirksvorsitzender in Südwürttemberg, ca. 150 Mitglieder und Sympathisanten diverser ultrarechter und rechtsextremer Parteien und Organisationen auf einem Bodensee-Schiff. Ihr Ziel: eine "Nationale Rechte". Dem "Kongress Deutscher Patrioten" wohnten neben sieben ehemaligen REP-Landtagsabgeordneten u. a. der baden-württembergische REP-Landesvorsitzende Ulrich Deuschle und die Funktionäre der Deutschen Partei Jutta Retz (Baden-Württemberg, vormals REP-Landesvorstandsmitglied) sowie Ulrich Pätzold (Bayern) bei. Gastredner war der Ex-REP-Bundesvor-

sitzende Franz Schönhuber, Stammautor der Monatszeitschrift "Nation + Europa", die immer wieder zur Einheit der "nationalen Rechten" aufruft. Gefordert wurde von den Teilnehmern der "Bodensee-Konferenz" die Einberufung eines parteiübergreifenden Kongresses, "auf dem die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit von Rechtsparteien ausgelotet werden sollen." (Schaal). Verbal attackiert wurde die Abgrenzungspolitik der REP-Bundesspitze, die "unentwegt vor Absprachen und Treffen mit Vertretern der anderen Rechtsparteien ganz gleich welcher Art," glaubt "warnen zu müssen. ... Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Die Basis in ihrer großen Mehrheit zieht hier nicht mehr mit. Die bisher gepflogenen Abgrenzungsmechanismen greifen nicht mehr." Schirmherr des Kongresses, der Anfang 2005 stattfinden soll, ist Schönhuber. Als Organisatoren des Kongresses fungieren Schaal (Tübingen) und Pätzold (Schöllnach).

Der Wunsch nach einer vereinten "Nationalen Rechten" dokumentiert ebenso eine im September von extrem Rechten unterschiedlichster Couleur verabschiedete "Resolution von Remagen". In dieser heißt es: "Unser Ziel ist die Kandidatur einer Liste zur Landtagswahl 2006 in Rheinland-Pfalz, die allen vernünftigen nationalen Kräften offen steht und Weichen stellt für die darauf folgende Bundestagswahl." Unterzeichner der "Resolution von Remagen" sind u. a.: NPD, JN, "Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB), Freiheitlich-Soziale Liste im Studentenparlament der Uni Trier, Kameradschaft Westermwald, Erwin Dohmen (stellv. Kreisvorsitzender Trier und Internetbeauftragter Rheinland-Pfalz der Republikaner), Karl-Heinz Hübschmann (Kreisvorstandsmitglied der REP in Trier), Karl Galeazzi (Kreisvorsitzender Mayen-Koblenz der REP), Horst Tönsmann (Ex-REP-Kreisvorsitzender Birkenfeld), Wolfgang Traxel (Burschenschafter) und Wolfgang Wurbs (Mitglied der Deutschland-Bewegung).

Unterstützung finden die diversen Einigungsbemühungen auch beim rechtsextremen Verein "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH). Auf einer Bundesvorstandssitzung im Oktober in Kassel beschloss die DLVH unter Vorsitz des Geschäftsführenden Bundessprechers, Jürgen Schützinger (Ex-NPD-Bundesvize), alles zu tun, "was getan werden kann, um zumindest mit einer einheitlichen Liste einer vereinigten Rechten kandidieren zu können." Redner bei der DLVH-Vorstandssitzung, bei der rund einhundert Versammlungsteilnehmer anwesend waren, war neben Peter Dehoust, Mitherausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift "Nation & Europa", auch der ehemalige hessische FDP-Landtagsabgeordnete Heiner Kappel, Bundesvorsitzender der rechtsextremen Deutschen Partei.

Der in Szene-Kreisen beliebte rechtsextreme Publizist und Referent Claus Nordbruch bejubelt in der Vierteljahrespustille "Euro-Kurier" (4/2004, S.5) aus dem Hause der umsatzstarken geschichtsrevisionistischen Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain, die Wahlabsprachen zwischen DVU und NPD vor den Landtagswahlen und deren folgende Wahlerfolge: "Diese Strategie ist aufgegangen und muss, um weitere grandiose Wahlerfolge zu sichern, beibehalten werden. Auf mittelfristige Sicht ist ein Zusammenschluss zu einem Wahlbündnis ebenso unabdingbar wie wünschenswert. Für

eine >Nationale Einheitsliste< wäre die undemokratische 5%-Klausel in Zukunft keine unüberwindbare Hürde mehr. Der Sprung in den Bundestag wäre in greifbare Nähe gerückt."

DVU-Landesvorsitzender bei Neonazis

Vertreten war die DVU im Dezember 2004 bei einer neonationalsozialistisch geprägten Saalveranstaltung unter dem Motto "Eine Bewegung werden - Gemeinsam die Volkfront von Rechts schaffen" im thüringischen Sondershausen. Organisiert wurde die Veranstaltung von "freien nationalen Kräften" aus Thüringen. Vor Ort waren einem Bericht der Homepage des "Nationalen Widerstandes Jena" zufolge 200 Rechtsextremisten "aus fast allen Teilen Deutschlands und nahezu allen Bereichen der nationalen Opposition". Als Referenten waren die frischgebackenen NPD-Mitglieder Thorsten Heise und Thomas Wulff, NPD-Bundesvize Holger Apfel und der ehemalige Rechtsterrorist Peter Naumann zugegen. Grußworte überbrachten Frank Schwerdt, NPD-Landesvorsitzender Thüringen, Kurt Hoppe, DP-Landesvorsitzender Thüringen, Patrick Wieschke und Walter Beck, DVU-Landesvorsitzender Thüringen. Mit Informationsständen waren u.a. das "Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland" (NSAM), NPD, DVU, "Deutschland-Bewegung", "Thüringer Heimatschutz" und der "Mädelring Thüringen" zugegen. Beck unterstrich Angaben des "Nationalen Widerstand Jena" zufolge in seiner Rede, "dass die Zeiten der Abgrenzung nun endgültig vorbei seien. Er werde in seinem Aufgabenbereich dafür sorgen, dass der Kampf trotz vielleicht noch bestehender Differenzen in dem einen oder anderen Punkt, Seite an Seite im Sinne eines neuen, besseren und wieder deutschen Deutschlands geführt werde. Er betonte, dass die Gemeinsamkeiten und nicht das Trennende fortan bestimmend sein sollten."

DVU-Mitglied kandidiert auf der NPD-Liste in NRW

Ebenfalls im Dezember 2004 fand der Landeswahlparteitag der nordrhein-westfälischen NPD statt. Für den NRW-Landtag kandidieren neben Voigt und Tegethoff u.a. die Neonazis Christian Malcoci und Daniela Wegener. Mit von der Partie ist das DVU-Mitglied Axel Thieme.

(viii) DVU und Frey aus Sicht der NPD und anderer rechtsextremer Parteien und Organisationen und umgekehrt bis 2004. Eine Zitatensammlung.

Der NPD-Parteivorstand verabschiedete am 24. August 2003 einen "Leipziger Appell", in dem "unter Zurückstellung eigener Parteiinteressen" die NPD die "Gründung einer DEUTSCHEN LISTE FÜR EUROPA (DLFE)" vorgeschlagen hat, "welche paritätisch mit Kandidaten der REP, DVU, DP und NPD besetzt" werden sollte. Da von Seiten der DVU und der REP keine Reaktion erfolgte, forderte die NPD die Mitglieder und Funktionsträger von REP und DVU nun dazu auf, "endlich die notwendigen Konsequenzen zu

ziehen und diese Organisationen zu verlassen."

Auf dem DVU-Bundesparteitag am 12. Januar 2003 erklärte Frey, dass eine Zusammenarbeit mit der NPD nicht in Betracht kommt.

Anlässlich des 70. Geburtstages von Frey im Jahr 2003 schreibt die rechtsextreme Monatszeitschrift "Nation & Europa": "In der rechten Szene gilt Frey als schwer zu kalkulierender Einzelfaktor. Sein spezifisches Gewicht ist jedoch groß. Versuche, ihn parteipolitisch zu ignorieren, haben zur desolaten Gegenwartssituation der deutschen Rechten beigetragen. Stilkritik wurde über Sachzwänge gestellt. Nüchterne Beobachter merken indes an, dass sich so mancher patriotische Parteifunktionär von Freys professioneller Einsatzplanung und Geschäftsführung eine Scheibe abschneiden könnte." ("Nation & Europa", 2/2003, S.62)

2002 forderte die DVU indirekt auf, bei der Bundestagswahl die SPD zu wählen. Die DVU sah sich wohl vor dem Hintergrund der starken Fokussierung auf das Thema Irak in der Endphase des Wahlkampfes zu dieser verklausulierten Wahlempfehlung gezwungen.

Voigt warf der DVU im April 2002 vor, nachdem diese erklärt hatte bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nicht anzutreten, obwohl die NPD zugunsten der DVU nicht kandidierte, dass die "DVU-Führung keine nationale und systemalternative Politik akzeptiere, sondern offensichtlich in der Vergangenheit immer nur wechselseitig die NPD oder REP verhindern wollte. Ihr Verhalten in Sachsen-Anhalt hat nicht nur den Wählern gegenüber dokumentiert, dass es keinen Sinn hat, DVU zu wählen, sondern auch ihren Mitgliedern gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass sie mit ihrem Einsatz für das vermeintlich nationale Anliegen der DVU verheizt werden. Die NPD jedenfalls wird so künftig nicht noch einmal auf die DVU Rücksicht nehmen, wenn es darum geht, den Versuch zu unternehmen, nationale Politik in die Parlamente zu tragen." (NPD-Pressemitteilung von Frank Schwerdt v. 23. April 2002)

Am 12. Juni 2002 verkündete das langjährige NPD-Bundesvorstandsmitglied Steffen Hupka in einer Erklärung: "Die DVU missbraucht ihre Mitglieder als bloße Zahler, ihre Aktivisten als Beschaffer von Wahlkampfgebern durch Wahlerfolge. Die DVU hat kein weltanschaulich-polit. Programm, sondern agitiert in Wahlkämpfen und ihrer Zeitung nur mit Phrasen. ... Ganz offenbar hat also die DVU -und da herrscht allgemein Übereinstimmung- die Aufgabe, nationales Potential zu binden und vorhandene personelle und finanzielle Ressourcen für dubiose Zwecke abzuschöpfen. Die polit. Organisation DVU mit einem erkennbaren polit. Willen existiert de facto nicht."

Ein Treffen zwischen Frey und Schlierer am 25. Juni 2002, bei dem der REP-Bundesvorsitzende anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl um Unterstützung bat, verlief ergebnislos.

"Todfeindschaft" zwischen DVU und NPD

Der niedersächsische Verfassungsschutz beschrieb 1999 das Verhältnis zwischen DVU und NPD als "feindselig". Als Grund führte das Amt ein Schreiben Freys an die Mitglieder seiner Partei an: ">Die NPD unter ihrer derzeitigen Führung steht uns in Todfeindschaft gegenüber.<" Der Verfassungsschutz weiter: "Ursächlich für das gespannte Verhältnis dürften nicht in erster Linie persönliche Animositäten sein, sondern grundsätzliche Differenzen in Hinsicht auf die Radikalität des ideologischen Ansatzes. Während die DVU vor allem rechtsextremistische Ressentiments in der Bevölkerung aufgreift und verstärkt, aber die Institutionen des Staates und die Wirtschaftsordnung nicht unmittelbar in Frage stellt, zielen die Forderungen der NPD auf die Überwindung des Gesellschaftssystems in Richtung auf einen >Nationalen Sozialismus< bzw. >Deutschen Sozialismus<." (Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen 1999, S.64)

1999 erschien im Deutsche Stimme Verlag (NPD) das Buch "Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD - 30 Jahre JN", herausgegeben von Holger Apfel. In einem Artikel namens "Die NPD und der Verleger Frey - Eine lange, aber nicht unendliche Geschichte" wird erklärt: "Heute scheint die Gefahr, dass sich die NPD abermals mit Herrn Frey einlässt, gebannt zu sein. Gerade aber in Bezug auf die Person Frey darf die in der NPD gern verwendete Aussage >Wir wollen aber nicht wissen, wo Du herkommst, sondern wohin DU willst< nicht gelten. Auf Kooperationen mit Frey gemünzt, müsste der Satz lauten: >Weil wir wissen, wo du herkommst, wissen wir, wer DU bist und ahnen was Du im Schilde führst - mit uns nicht!<. Übertragen auf die reale Politik, die uns doch gelegentlich zu Zugeständnissen zwingen wird, bedeutet diese Maxime, dass (abgesehen vielleicht von vernünftigen Wahlabsprachen, die allerdings juristisch absolut wasserdicht sein müssen) eine weitergehende Form der Kooperation nicht drin ist." (Corbeau, Stephan: Die NPD und ihr Verleger Frey. Eine lange, aber nicht unendliche Geschichte. In: Apfel, Holger >Hg.<: "Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD - 30 Jahre JN". Stuttgart 1999, S.141 - S.149; hier: S.148)

NPD sagt: DVU = "Briefkastenfirma"

Mit Datum vom 11. Mai 1998 ließ NPD-Bundesorganisationsleiter Holger Apfel den Mitgliedern der NPD und den Abonnenten der Deutschen Stimme auf dem Papier des NPD-Parteivorstandes folgendes Schreiben zukommen: "Wie Sie vielleicht vor wenigen Tagen mitbekommen haben, hat die Deutsche Volksunion ihre Kandidatur zu den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (Herbst 1998), aber auch in Sachsen (Herbst 1999) angekündigt. Beide Wahantritte der DVU sind eine klare Kampfansage an die NPD, die im Gegensatz zur DVU schon vor vielen Monaten beschlossen hatte, infolge der Strukturstärke vor Ort in Mecklenburg, vor allem aber natürlich in Sachsen seinen Schwerpunktwahlkampf zu führen."

Die DVU, so Apfel, setze damit wieder nur darauf, "kurzfristig Millionen von Mark für eine wahre Materialschlacht zu investieren, um einen Wahlerfolg der eigentlichen nationalen Opposition zu verhindern und in den darauf folgenden vier Jahren die Erwartungen hunderttausender Wähler aufs Neue zu enttäuschen ... Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen immer wieder, dass die DVU-Abgeordneten stets an der kurzen Leine der Münchener Zentrale geführt werden. Selbständiges Denken und Handeln der Abgeordneten statt Vorlesung vorgefertigter Redemanuskripte führte stets zu Eklats, zu persönlichen Verleumdungskampagnen bis hin zu Parteiausschlussverfahren".

Apfel weiter: "Natürlich werden jetzt wieder jene kommen, die allzeit die imaginäre Einheit der Rechten träumen und meinen, dass die Zeit hierfür nach der Sachsen-Anhalt-Wahl doch nun wirklich reif sei. Doch, liebe Freunde ... Wir müssen doch einmal in aller Deutlichkeit feststellen, dass gerade die DVU nicht zuletzt nach den Erfahrungen Ende der 80er Jahre eben keine für Nationaldemokraten ernsthafte Kooperationskraft sein kann ... und es wirkt eher peinlich, wenn sich gerade jene, die selbst an der DVU nie ein gutes Haar gelassen haben und vor kurzem noch die Republikaner priesen, sich nunmehr bei der selben DVU andienen. ... Liebe Kameraden, gerade jetzt muss es für uns gelten, unser politisches Profil als NPD zu stärken, Farbe zu bekennen und deutlich zu machen, dass wir Nationaldemokraten die einzige wirkliche politische Alternative sind. Im Gegensatz zur DVU sind wir Nationaldemokraten keine Briefkastenfirma, kein Wirtschaftsunternehmen zur Bereicherung einzelner".

Der NPD-Spitzenfunktionär Frank Schwerdt kommentierte den Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt: "Große Freude kommt bei diesem Wahlergebnis nicht auf. Die DVU ist eigentlich eine Un-Partei. Viel Geld für den Wahlkampf auszugeben, ist eine Sache. Mit den gewonnenen Stimmen dann Politik zu gestalten, ist eine ganz andere Sache. Hierzu sind gestandene Männer und Frauen nötig, die über genügend Stehvermögen und Zivilcourage verfügen, um den etablierten Kräften innerhalb und außerhalb die Stirn bieten zu können. Die meisten DVU-Parlamentarier in Bremen und in Schleswig-Holstein waren schon kurze Zeit nach der Wahl nicht mehr in der Frey-Partei. In der Öffentlichkeit fielen sie sehr oft durch Peinlichkeiten auf. Die Auswahl der Kandidaten für den Landtag in Magdeburg wurde vorgenommen wie in Bremen und Schleswig-Holstein: Per Zeitungsanzeige und nach dem Zufallsprinzip. Im Wahlkampf und am Wahlabend wurden sie unter Verschluss gehalten. Aber auch sie werden in kurzer Zeit im Landtag an die Öffentlichkeit treten müssen. Ein Tonband mit einer Rede des Vorsitzenden Dr. Frey kann dann kaum abgespielt werden. ... Eine sinnvolle Wahlstrategie der nationalen Opposition könnte Dämme brechen lassen. Die Systemparteien werden nichts unversucht lassen, das zu verhindern. Haben sie sich durch die DVU bereits ein wirkungsvolles Instrument zugelegt?" ("Deutsche Stimme", Juni 1998, S.8)

Auch die rechtsextreme Szene außerhalb der NPD ließ an Frey und seiner DVU kein gutes Haar.

DVU = "Pseudopartei"

In einer Pressemitteilung des neonationalsozialistischen "Aktionsbüros Norddeutschland" (5. April 2000) namens "Frei ohne Frey - Protest in Hamburg!" heißt es: "Feiste Geschäftemacher und machtgierige Funktionäre findet man innerhalb auch nationaler Parteien der letzten vierzig Jahre, prozentual gesehen, leider kaum weniger oft als in den etablierten Systemparteien. Einer der sattsam bekanntesten Vertreter dieser widerwärtigen Gattung dürfte der millionenschwere Verleger und Vorsitzender der sog. >Deutschen Volksunion<, Gerhard Frey, sein. Mit dem politischen Kampf um ein neues Deutschland hat dessen Pseudopartei jedoch herzlich wenig zu tun. Sie dient lediglich als Deckmantel, um im Namen der >nationalen Sache< bei bürgerlichen nationalen Kreisen abzukassieren. Auch die Teilnahme an BRD-Wahlen macht die Sache nicht politischer. Zwar geht man gerne mit radikalen Parolen auf Stimmenfang am rechten Rand, allerdings nur, um mit entsprechenden Wahlergebnissen in den Genuss einer fetten Parteienfinanzierung zu kommen. Ansonsten distanziert man sich im Hause Frey natürlich von den radikalen Kräften des Nationalen Widerstandes. Über Jahrzehnte hat Frey ein Finanzimperium geschaffen, aus welchem er allein den Nutzen zieht. Die von Frey aus nationalen Kreisen abgeschöpften Gelder gehen dem Nationalen Widerstand für wirklich sinnvoll politische Arbeit verloren!" Aus diesem Grunde nutzten Neonazis aus Hamburg und Schleswig-Holstein eine DVU-Veranstaltung am 1. April 2000 in Hamburg "zum Protest". Vor Ort wurde ein Anti-Frey-Flugblatt verteilt und Frey "von beherzten Kameraden das Mikrophon entrissen": "Infolgedessen entwickelte sich ein zwar etwas unschöner, aber durchaus wirkungsvoller Tumult. ... Dieses Mal hat der Protest mit Dr. Frey den wohl bekanntesten Geld- und machtgierigen Funktionär des rechten Parteienspektrums getroffen".

Frey = "Geschäftemacher"

Der ehemalige Rechtsterrorist Manfred Roeder, NPD-Bundestagskandidat, bezeichnete 1998 im Rundbrief seiner rechtsextremen "Deutschen Bürgerinitiative" (DBI) den Erfolg der DVU in Sachsen-Anhalt als "eine Katastrophe, denn Frey ist kein Patriot, sondern ein übler Geschäftemacher, der mit Verfassungsschutz und Regierung zusammenarbeitet und nur den Auftrag hat, eine wirksame nationale Alternative zu verhindern." (DBI-Rundbrief 4/1998)

Weiter erklärte Roeder: "Unser gefährlichster Gegner aber ist Frey. Er will mit Millionen unbedarfte Wähler ködern, die er dann maßlos enttäuschen wird ... Denn er duldet keine Partei mit eigenen Kandidaten, nur Marionetten, die ihn nicht durchschaut haben. Er will nur ein kapitalistisches Mammutunternehmen aufbauen und im Auftrag des Systems verhindern, dass eine echte nationale Opposition zustande kommt. Über diesen

politischen Hanswurst kann man nur lachen oder weinen. Wer jetzt noch zu Frey hält, den können wir getrost als Mitkämpfer für Deutschland vergessen. Frey ist noch gefährlicher als Bubis und sieht ihm verteufelt ähnlich."
(DBI-Rundbrief, 8/1998)

Am 17. November 1998 trafen sich Schlierer und Frey. Um "nationalen Interessen in der deutschen Politik zu einem größeren Einfluss zu verhelfen, verständigten sich beide Parteivorsitzenden darauf, sich bei künftigen Wahlen darum zu bemühen, eine unnötige Konkurrenz zwischen Republikanern und DVU zu vermeiden. Der DVU-Bundesvorstand begrüßt das Einverständnis der Parteivorsitzenden Dr. Frey und Dr. Schlierer, sich bei künftigen Wahlen darum zu bemühen, eine unnötige Konkurrenz zwischen Republikanern und DVU zu vermeiden." ("Deutsche National-Zeitung" v. 27.11.1998)

Geeinigt hatten sich Frey und Schlierer auf die Teilnahme nur einer der beiden Parteien an der Wahl zur Bremer Bürgerschaft und der Landtagswahl in Hessen.

Wenige Wochen zuvor rief Frey anlässlich der bayrischen Landtagswahl im September 1998 zur Wahl der Freien Wähler oder dem Bund Freier Bürger (BFB) auf. Er warnte davor, für die Republikaner zu stimmen, die "unter ihrer derzeitigen >Führung< alles tun, um die nationale Einigung zu torpedieren." In der Mai-Ausgabe seiner Parteizeitung schrieb Schlierer 1998: "Die DVU hat sowohl in der Bremer Bürgerschaft als auch im Kieler Landtag versagt und damit das so genannte rechte Lager diskreditiert. Zurück blieb dort in der Erinnerung der Bürger, dass mit dem Einzug von Rechten ins Parlament nur Spesen verbunden waren."

Schlierer stellte im Oktober 1997 in Sachen Frey / DVU fest: "Woher kommen eigentlich die Millionen von Frey ... In wessen Auftrag sind diese Leute eigentlich unterwegs? ... Wer mit solchen Leuten gemeinsame Sache macht, hat verloren. Wir brauchen weder Allianzen noch eine Kooperation mit ihnen. Für vernünftige, politikfähige Leute waren und sind wir offen; aber wir müssen unseren eigenen Weg gehen, sonst geht der einzige Erfolg versprechende nationale Politikansatz in Klamauk und Unseriosität unter." ("Der Republikaner", 10/1997, S.3)

"Patriotische Geldwaschanlage"

Franz Schönhuber über Frey in der Mai-Ausgabe 1997 von "Nation + Europa": "Dr. Frey bleibt auf seinem Geldsack sitzen. Böse Zungen behaupten, er benütze seinen Einsatz als patriotische Geldwaschanlage." ("Nation + Europa", 5/1997, S.14)

Frey = "Erzkapitalist"

Vor der Landtagswahl 1997 in Hamburg hielt Dieter Stein, Chefredakteur der "Jungen Freiheit", fest: "Makaber, dass ein Erzkapitalist wie Frey immer wieder besonders

Arbeiter und einfache Leute mit schlichten Parolen zu beeindrucken vermag. ... Die DVU schließlich ist das Marketingprodukt eines einzelnen Mannes, der stets geschickt Protestpotential von ›rechts‹ auf seine geschäftlichen Mühlen zu senken weiß, wenn eine ernst zu nehmende demokratische Rechtspartei ›droht‹, erfolgreich zu werden. ... Ein Schelm, der Böses dabei denkt." ("Junge Freiheit", 39/1997, S.2)

Kurz vor den Bundestagswahlen 1994 schilderte Frey in seinen Kampfblättern den drohenden Untergang des Abendlandes durch eine rot-grüne "Machtübernahme" so schauerlich, dass den LeserInnen als nahe liegender Ausweg nur die Wahl der Unionsparteien blieb. Zuvor gab es im August 1994 ein Treffen zwischen Schönhuber und Frey. Das Treffen brachte nicht den gewünschten Erfolg. Im Dezember 1994 wurde Schlierer zum Republikaner-Bundvorsitzenden gewählt. Die kurzzeitige rechte Liaison zwischen DVU und den REPs hatte damit wieder eine Ende.

Frey = "Schmalspur-Hugenberg"

In der "Jungen Freiheit" charakterisierte Andreas Mölzer, damals Vorsitzender des Freiheitlichen Bildungswerkes der Parteistiftung der FPÖ, heute FPÖ-MdEP, Frey 1994 als "Schmalspur-Hugenberg". ("Junge Freiheit" v. 21.Oktober 1994, S.2)

Joachim Siegerist, Vorsitzender des extrem rechten Vereins "Die Deutschen Konservativen" (Ehrenpräsident: Heinrich Lummer) verglich Frey 1994 mit einem "Geldsack". (Rundbrief des Vereins "Die Deutschen Konservativen" v. 25. Februar 1994)

Bis 1990 rief Frey beständig zur Wahl der Union, insbesondere der CSU, auf.

In einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift "Nation Europa" beantwortete Frey nach dem DVU-Wahlerfolg in Bremen 1988: die Frage "Wie stellen Sie sich den Einigungsprozess der deutschen Rechten in seinem weiteren Verlauf vor?" mit den Worten: "Die wesentlichen Faktoren der deutschen Rechten stehen im harmonischen und funktionierendem Bündnis von DVU und NPD. Unsere Parteien stimmen sich ab, treten nicht gegeneinander an und unterstützen sich wechselseitig. Wir lassen uns nicht durch Querulanten und Agenten auseinander bringen. Das nationale Lager will eine einige Rechte und hat sie bekommen. Nationalgesinnte mit Verantwortungsbewusstsein werden sich uns anschließen, wir reichen allen Gutwilligen die Hand." (Interview mit Gerhard Frey. In: "Nation Europa", 8/1988, S.36f)

Anlässlich der hessischen Landtagswahl 1982 plädierte Frey erneut für die Wahl der FDP. 1969 verhinderte Frey, so die NPD, deren Einzug in den Bundestag. Er gab in seiner Zeitung eine Wahlempfehlung zugunsten der FDP ab.

(ix) DVU und NPD nach ihren Wahlerfolgen: Volksfront von rechts?

Der Schulterschluss zwischen DVU und NPD birgt Konfliktpotenzial, das innerhalb von DVU und NPD heftige Auseinandersetzungen hervorrufen könnte. "Die Zusammenarbeit mit der NPD würde uns schaden", erklärte der Vizefraktionsvorsitzende der DVU im Potsdamer Landtag, Michael Claus, im November 2004: "Ich lehne solch ein Bündnis ab. Es würde viele Wähler abschrecken." (zit. n. "Der Spiegel", 47/2004, S.17) In der NPD selbst stehen sich Mitglieder gegenüber, die entweder eine Zusammenarbeit mit Neonazis bzw. Wahlbündnisse mit der DVU akzeptieren oder sie für abträglich halten.

Im November 2004 veröffentlichte Jürgen Schwab, bis Sommer 2004 führender NPD-Parteiideologe und Vorsitzender des NPD-Arbeitskreises "Volk und Staat" beim Parteivorstand, ein Positionspapier namens "Die NPD und ihr >Staat<". O-Ton Schwab: "Ob der neuen Bürgerkriegsopposition (>Volksfront von rechts<) auf Dauer Erfolg beschieden sein wird, muss abgewartet werden. Diese aufgeblasene Anti-Antifa, die von Gerhard Frey bis Thomas Wulf reicht, zeigte schon während des zurückliegenden NPD-Parteitags deutliche Risse. Zwischen DVU->Ehrenbund Rudel< und NPD->Freien< besteht zwar ewiggestrige Wesensverwandtschaft, aber die Mentalitätsunterschiede treten doch überdeutlich zutage. Der Krawattenträger Frey und der Mann mit der Schiebermütze Wulff passen irgendwie nicht recht gemeinsam ins Bild."

Fakt ist, dass es unwahrscheinlich erscheint, dass sich die Spitzen der NPD sowie die zentralistisch von Frey gelenkte DVU dauerhaft auf einen gemeinsamen Kurs einigen können. Zurzeit werden die Gegensätze, die zwischen beiden Parteien bestehen, von der Euphorie überdeckt, die die Wahlerfolge in Sachsen und Brandenburg hervorgerufen haben.

Die von Voigt kurz nach den für DVU und NPD erfolgreichen Landtagswahlen in einem Interview mit der "Jungen Freiheit" offen dargelegten Ziele der NPD, die u. a. auf einen revolutionären Sturz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hinauslaufen, gehen in ihrer Radikalität deutlich über die von der DVU propagierte Form des Rechtsextremismus hinaus. O-Ton Voigt: "Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne. ... Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können." (Interview mit Udo Voigt. In: "Junge Freiheit", 40/2004, S.3) Verfassungsfeindliche Töne spuken auch weitere führende Spitzenrepräsentanten der NPD.

NPD: "Wir sind verfassungsfeindlich"

Holger Apfel in einer Rede: "Wir, der >Nationale Widerstand<, sind die einzige, wirkliche

Weltanschauungsbewegung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft mit der NPD als der organisierten Partei, die das politische System in der BRD bis auf die Wurzel bekämpft, auch die Wurzel abnimmt. Ja, liebe Freunde, wir sind stolz darauf, dass wir alljährlich in den bundesdeutschen Verfassungsschutzberichten stehen und dort als feindlich, verfassungsfeindlich, gegen dieses System gerichtet genant sind. Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich." (Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1998, S.72) Apfel schriftlich: "Wichtig ist der gemeinsame politische Grundkonsens zur Überwindung des gemeinsamen Feindes - des politischen Systems der BRD". (Broschüre "Rechtsextreme Parteien in der BRD 1999", hg. vom Bundesamt für Verfassungsschutz)

Uwe Leichsenring, NPD-Bundesvorstandsmitglied, drohte, nachdem die Polizei im Juni 2000 ein Waffenlager der "Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) ausgehoben hatte und eine Sonderkommission wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelte, es werde der Tag kommen, da würden die "vor dem Volksgericht" stehen, die heute die nationalen Kameraden verfolgen. (NPD-Verbotsantrag des Bundestages, S.225)

Leichsenring schriftlich: "Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung. (...) Aber es geht auch darum Strukturen aufzubauen, um bereit zu sein, wenn es mal zum Aufstand Ost kommt." (Verfassungsschutzbericht des Bundes 1998, S.55) Leichsenring schriftlich: "Aber eines habe ich in diesen Jahren gelernt. Auch ein noch so fest im Sattel sitzendes politisches System ist zu kippen. Es braucht nur genug Wut im Volk und einer Initialzündung. Dieser Funke wird von den Menschen in Mitteldeutschland ausgehen. Wir haben gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen, wir sind noch nicht ganz veramerikanisiert, wir erkennen, wenn ein System abgewirtschaftet hat, und das schöne für mich ist, dass auch jetzt bereits solche Zeichen zu erkennen sind wie 1988 in der DDR ... Noch sind wir keine Kraft, die dieses System aus den Angeln hebt, aber wir könnten der Funke sein, wenn in nicht allzu ferner Zukunft die Volksseele überkocht." (Leichsenring, In: Apfel, Holger: Alles Große steht im Sturm. Stuttgart 1999)

Der NPD-Funktionär Winfried Petzoldt in einer Rede: "Gleich welche Terrormaßnahmen das BRD-Regime gegen uns aufbietet, wir versichern es hier und heute feierlich und für alle Zeiten, nichts und niemand wird uns abbringen vom Kampf ums Reich. Wir wollen nichts anderes als wieder Herr im eigenen Hause sein. (...) Wir verlangen keinen Sonderweg, sondern Gerechtigkeit. Das Reich bleibt unser Kampfauftrag für alle Zeiten." (Verfassungsschutzbericht Sachsen 2001, S.34) "Der zweifellos bevorstehende Endkampf bedarf gut geschulter politischer Soldaten." (zit.n. "Der Spiegel", 2/2001, S.46)

DVU: Bekenntnis zur FDGO

Während die NPD die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik in Bausch und Bogen verdammt und in einem IV. Reich ihr Heil erblickt, heißt es im Partei-Programm der DVU: "Die Deutsche Volksunion (DVU) bekennt sich vollinhaltlich und

ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist. Die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist für die DVU oberstes Gebot."

In den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der DVU heißt es: "Seit Gründung der Deutschen Volksunion als e.V. im Jahr 1971 und erst recht als Partei 1987 fassen Bundesvorstand und Bundesparteitag immer wieder Unvereinbarkeitsbeschlüsse insbesondere gegenüber verfassungsfeindlichen, rechtsbrecherischen, gewalttätigen, aber auch die DVU bekämpfenden Bestrebungen. Nachfolgend der jüngste, am Samstag, 21. November 1992, vom Bundesvorstand einstimmig und mit Zustimmung aller Landesvorsitzenden gefasste und am Sonntag, 22. November 1992, vom Bundesparteitag einhellig bestätigte Unvereinbarkeitsbeschluss:

1) Die Mitgliedschaft bei Organisationen, die das Grundgesetz bekämpfen oder missachten oder die bestehende Rechtsordnung, insbesondere Strafbestimmungen, hartnäckig und schuldhaft verletzen, ist mit der Mitgliedschaft in der DVU unvereinbar.
 2) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist die gleichzeitige Mitgliedschaft insbesondere in folgenden politischen Parteien oder Vereinigungen: FAP, Nationale Liste ..., Nationalistische Front ... sowie bei Ersatz- oder Nachfolgeorganisationen und Gruppierungen u.a. um folgende Personen: Röder, Busse, Reitz, Pape, Althans, Worch.

....

4) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist die gleichzeitige Zugehörigkeit zu Gruppierungen der Skinheads.

5) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist das Werben und Unterstützen für Publikationen, deren Wirken gegen das Grundgesetz oder die Rechtsordnung, insbesondere gegen Strafbestimmungen, gerichtet ist."

In einer EntschlieÙung vom 29. April 2002 brachte der DVU-Bundesvorstand erneut einstimmig zum Ausdruck, dass er eine Zusammenarbeit mit Personen und Organisationen, die einen nationalrevolutionären Kurs verfolgen, sowie mit Neonazis und Skins kooperieren, kategorisch ablehnt. Folgerichtig reagierte die Parteiführung mit Amtsenthebungen und Parteiausschlussverfahren gegen Angehörige von acht DVU-Kreisverbänden des Landesverbandes Niedersachsen, die sich an einer von der NPD organisierten Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld am 2. Februar 2002 beteiligt hatten. Einige DVU-Mitglieder wechselten zur NPD.

Die Zeiten der praktizierten Umsetzung dieser Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüssen scheinen seit den Absprachen zwischen Frey und Voigt nicht mehr zu gelten. Als Frey am Rande des NPD-Parteitages über seine künftige Zusammenarbeit mit dem frischgebackenen NPD-Bundesvorstandsmitglied und bundesweit bekannten Neonazi Thorsten Heise befragt wurde, sagte er gespielt naiv, er wisse von gar nichts. Frey hält sich damit selbst nicht an die EntschlieÙung des DVU-Bundesvorstandes, nicht mit Neonazis zu kooperieren. Denn: Heise ist mehrfach wegen Volksverhetzung, gefährlicher Körperverletzung und Nötigung vorbestraft. Der ehemalige Landesvor-

sitzende (Niedersachsen, Sachsen-Anhalt) der 1995 bundesweit verbotenen Neonazi-Vereinigung "Freiheitlichen Deutschen Volkspartei" (FAP) betreibt einen florierenden Handel mit rechtsextremen Skinmusik-CDs.

Die Neonazis Heise, Thomas Wulff und Ralph Tegethoff waren kurz vor dem NPD-Parteitag in Leinefelde öffentlichkeitswirksam in die NPD eingetreten und hatten damit für medialen Wirbel gesorgt. Wulff ist mehrfach wegen Beleidigung, Volksverhetzung, übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt. Er war Vorsitzender der 1995 verbotenen Nationalen Liste (NL). Tegethoff ist mehrfach wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz vorbestraft. Der Ex-Funktionär der zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Vereinigungen FAP und "Wiking-Jugend" (WJ) wurde 1983 beim Testen von selbst gebastelten Rohrbomben mit weiteren Kameraden festgenommen.

NPD-Bundesvorstand: Ein Drittel ehemalige Neonazis

Bekannt ist Frey sicherlich auch, dass dem amtierenden NPD-Bundesvorstand mehr als ein Drittel Mitglieder angehören, die als Funktionäre oder Mitglieder zwischenzeitlich verbotener Neonazi-Gruppierungen aktiv waren. Ist die NPD damit gar eine Ersatzorganisation zur Fortführung verbotener Vereinigungen?

Dem NPD-Bundesvorstand gehören an:

- Manfred Börm (Niedersachsen), wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, wurde im September 1985 zum Gauführer Nordmark/Niedersachsen der neonationalsozialistischen, 1994 verbotenen Wiking-Jugend (WJ), gewählt. Zeitweilig war er Beauftragter des Bundesführers der WJ.
- Stefan Haase (Nordrhein-Westfalen), wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Kennzeichen einer verfassungsfeindlichen Organisation vorbestraft, war Stützpunktleiter Lüdenscheid der Nationalistischen Front.
- Thorsten Heise (Niedersachsen/Thüringen)
- Stefan Köster (Mecklenburg-Vorpommern) gehörte der Wiking-Jugend als Mitglied an.
- Sascha Roßmüller (Sachsen), wegen Verunglimpfung des Staates vorbestraft, gehörte 1991 zu den Gründungsmitgliedern des auf Bayern beschränkten und 1993 verbotenen neonationalsozialistischen Nationalen Blocks (NB).
- Frank Schwerdt (Thüringen), u.a. wegen Volksverhetzung vorbestraft und knasterfahren, gilt als "geistiger Vater" (Welt) der 1997 verbotenen Kameradschaft Oberhavel. Einem Verbot des von ihm als Vorsitzenden geführten neonationalsozialistischen Vereins Die Nationalen kam Schwerdt durch dessen Auflösung im November 1997 zuvor.
- Jens Pühse (Sachsen) war Mitglied der 1992 verbotenen neonationalsozialistischen Nationalistischen Front (NF).

Von der DVU zur NPD?

Wahlabsprachen zwischen der DVU und der NPD können punktuell dazu führen, dass es diesen Rechtsextremisten gelingen kann, weitere parlamentarische Erfolge zu feiern. Frey muss jedoch damit rechnen, dass sich dann seine nur lose mit ihm verbundene Anhängerschaft von der virtuellen Partei DVU abwenden und hin zur ideologisch kampferprobten NPD, dem Original, zuwenden kann. Dann hätte Frey nicht nur seine "Partei", sondern auch sein damit in symbiotischer Beziehung bestehendes Verlagsimperium verloren.

(x) Literaturtipps

- Linke, Annette: Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe. Essen 1994
- Mayer, Stefan: Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey. In: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2002, S.169 - S.181
- Rammelsberger, Annette: Braune Geschäfte. Der Verleger Gerhard Frey, die rechtsextreme DVU und ihre neue Konkurrenz: "Wir haben keinerlei Probleme mit der Marktakzeptanz". In: "Süddeutsche Zeitung" v. 11./12.12.2004, S.28
- Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder von 1998 bis 2003